

# Sattler, Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Förderung des Gesamtwohls aller in Sattlereien, Portefeilles-, Ledergalanterie- und Reiseeffektenbetrieben, sowie im Tapezierergewerbe und den verwandten Nebenberufen beschäftigten Arbeitern, Arbeiterinnen, Lehrlingen usw.

Publikationsorgan der Berufsfrankenkassen

Inserate kosten die 4 gespaltene Petitzeile  
1,50 Mark. Verbandsfachen 50 % Rabatt

Verlag und Redaktion: Berlin S.O. 16, Brüdenstraße 10 b<sup>III</sup>

Zernsprecher: Ami Morihplatz Nr. 2120

Erscheint wöchentlich. Preis 3 Mark pro  
Quartal. Zu beziehen durch alle Postanstalten

## Achtung!

Im eigenen Interesse werden die Kollegen ersucht, vor Arbeitsannahme in anderen Orten sich erst bei der betreffenden Ortsverwaltung über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Warum das notwendig ist, kann jeder wissen!

Nur wer seinen fälligen Wochenbeitrag pünktlich entrichtet, sichert sich im Bedarfsfalle die Unterstützung aus der Verbandskasse.

Ereue Pflichterfüllung sichert die Rechte!

Für die Nummer 27 bestimmte Artikel und Berichte müssen bis zum 3. Juli in Händen der Redaktion sein.

## Eine neue Etappe.

Mit dieser Nummer beginnt für die „Sattler- und Portefeuille-Zeitung“ abermals ein neuer Abschnitt in der Geschichte ihres Daseins. Seinen Lauf begann das Organ am 1. April 1887 mit dem Titel: „Allgemeine Deutsche Sattler-Zeitung“. Derselbe wurde am 2. Juli 1892 umgetauft in den Namen: „Sattler- und Tapezierer-Zeitung“. 1897 erfolgte eine abermalige Aenderung des Zeitungsfopfes, die aber nur formaler Natur war. Die Generalversammlung in Berlin 1900 beschloß wiederum eine Titeländerung und erhielt das Organ den Namen „Sattlerzeitung“. Diesen Titel behielt es bei bis zum Jahre 1909. Als am 1. Juli die Verschmelzung mit den Portefeuilleern stattfand, erhielt das Verbandsorgan den Titel „Sattler- und Portefeuille-Zeitung“.

Obwohl die Verschmelzung der Verbände der Sattler und Portefeuilleer mit den Tapezierern bereits am 1. Mai 1920 erfolgt ist, kann die Titeländerung des Verbandsorgans aus postalischen Rücksichten erst jetzt mit dieser Nummer, am 2. Juli 1920, mit dem Verbandsnamen: „Sattler-, Tapezierer- und Portefeuillezeitung“ erfolgen. Der Raum-mangel verbietet es uns leider, näher auf die Entwicklungsgeschichte des Organs einzugehen, das unter den Organen der deutschen Gewerkschaften stets einen ehrenvollen Platz eingenommen hat. Es war ein Kampforgan im besten Sinne des Wortes, und es soll und muß ein Kampforgan sein und bleiben, solange noch Klassengegensätze bestehen.

Das Organ besteht im 34. Jahrgange, es hat während dieser Zeit sich redliche Mühe gegeben, die Interessen der Berufsgenossen und darüber hinaus die Interessen der Gesamtarbeiterschaft gegenüber allen reaktionären Bemühungen, die Arbeiter zu unterdrücken zu verteidigen und zu schützen. Daß wir dieser Tradition nicht nur

treu bleiben wollen, sondern auch bemüht sein werden, den Anforderungen unserer Zeit entsprechend, die Interessen aller unserer Berufsgenossen weiter möglichst energisch zu vertreten, ist selbstverständlich.

Doch der Kreis derer, deren Interessen wir vertreten müssen, erweitert sich von Tag zu Tag immer mehr. Er muß sich erweitern, wenn wir vorwärtskommen wollen und mit der Zeit alles erfassen wollen, was zu unseren verwandten Berufsgenossen gehört. Dadurch wird aber die Uebersicht über das Arbeitsfeld, welches bearbeitet und bestellt werden muß, immer schwieriger und für den einzelnen schwerer zu bewältigen. Deshalb sind wir in der Zukunft noch viel mehr als bisher in der Vergangenheit auf die weitestgehende Mithilfe und Unterstützung der Mitglieder und Funktionäre des Verbandes angewiesen, wenn alles geschehen soll, was geeignet ist, unsere Verbands- und Berufsinteressen überall zu vertreten und wahrzunehmen.

Um die nunmehr vereinigten Berufsgruppen einander näherzubringen, so daß sie gegenseitig die Berufsverhältnisse kennen und übersehen lernen, müssen wir gau- und bezirksweise vorgehen.

Auf unsere Bitte haben nun die Gauleiter eine Uebersicht über die Verhältnisse in ihrem Gau für die Zeitung geschrieben, mit deren Abdruck wir in dieser Nummer, soweit der Raum es gestattet, beginnen. Wir hoffen dadurch Anregung zu geben zu einer recht umfassenden und gründlichen Agitation für unseren gemeinsamen Verband. Nichts kann die Agitation mehr beleben als die genaue Kenntnis der vorhandenen organisationsfähigen Betriebe und Personen.

Wir alle wissen, daß noch überall genug Berufsgenossen vorhanden sind, die dem Verband fernstehen. Es muß gelingen, sie heranzuholen und zu Mittkämpfern zu erziehen.

Daß gerade die Erziehung zu überzeugten, treuen und opferbereiten Mitgliedern des Verbandes eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben für alle Verbandsmitglieder ist, müssen wir uns besonders scharf einprägen. Denn was nützt es uns, wenn wir noch soviel Verbandsmitglieder aufzählen, uns dann aber nicht weiter um sie kümmern? Die Folgen sind zwar bekannt, nämlich der Wiederausbruch vieler Renaissancen beim nächsten Quartalsabschluss. Trotzdem geschieht in den meisten Orten nicht oder doch nur sehr wenig, um die neugewonnenen Mitglieder dauernd für die Organisation zu gewinnen. Gewerkschaftliches Verständnis, Schulung, Erziehung zu solidarischem Handeln tut not!

Wir haben uns bisher viel zu sehr auf die agitatorische Wirkung durch Versammlungsreden verlassen. Vorträge in Versammlungen sind gewiß notwendig, und man braucht ihren Wert nicht zu unterschätzen, doch ist zu bedenken, daß in der Regel nur ein geringer Prozentsatz der

Mitglieder unsere Versammlungen regelmäßig besucht, die anderen erscheinen einfach nicht.

Dagegen gibt es nur ein Mittel, das ist die gegenseitige Kontrolle der Mitglieder selbst, also die Agitation in der Werkstatt, in der Wohnung, an jedem Ort und zu jeder Zeit, von Mund zu Mund.

Selbstverständlich ist auch das Verbandsorgan ein Faktor, dem als Agitations- und Aufklärungsmittel die größte Bedeutung zukommt, das braucht nicht im einzelnen nachgewiesen zu werden. Wird allwärts Vorjorge getroffen, daß unser Verbandsorgan sobald als möglich in die Hände der Mitglieder gelangt, und womöglich auch dafür gesorgt, daß es wirklich gelesen wird, dann wird manches neue Mitglied nach und nach gewerkschaftlich und politisch denken und solidarisch handeln lernen.

Wir haben heute an allen Orten geschulte opferwillige Mitglieder, die fähig und auch bereit sind, die so notwendige Aufklärungsarbeit zu leisten. Oft fehlt es nur an der nötigen Anregung und an einer gewissen Initiative der Organisationsleiter, um die fehlenden Mitarbeiter heranzuziehen.

Es gilt daher vor allem dahin zu streben, daß alle, denen das Wohl und Gedeihen unseres Verbandes am Herzen liegt, mit der richtigen Begeisterung für die Ausbreitung und Vertiefung unserer gewerkschaftlichen Ziele eintreten und sich nicht allzusehr von mehr oder weniger utopischen Vorstellungen ablenken lassen.

Zu es gehört heute mehr denn je Begeisterung und Bienenfleiß dazu, wenn wir gewerkschaftliche Erfolge erzielen und weiter vorwärtskommen wollen. Ohne ein gewisses Quantum Begeisterung für eine Sache lassen sich überhaupt keine Erfolge erzielen. Um aber für eine Sache mit wirklicher Begeisterung eintreten zu können, muß man selbst von der Güte dieser Sache überzeugt sein und muß sie gründlich kennen. Nur wer die Materie genügend kennt und beherrscht, ist imstande, die Berufsgenossen mündlich aufzuklären. In der Unterhaltung stählt sich der Geist, vertieft und festigt sich unser Wissen. Und es hat es schon mancher an sich selbst erlebt, daß sein selbstloses Eintreten für das Gesamtwohl ihm selbst eine gewisse veredelnde innere Befriedigung gewährt. Sein Leben, sein Dasein erhält dadurch gewissermaßen eine höhere Weihe. Es ist nicht mehr Selbstzweck, erstarrt nicht mehr im kleinlichen egoistischen Streben. Seine persönlichen Wünsche treten zurück, sein Blick weitet sich, er wird zum Träger und Mitarbeiter an einer höheren Kulturform. „Es wächst der Mensch mit seinen höheren Zwecken.“ Auch hier trifft dies Dichterverwort zu.

Deshalb bitten wir alle unsere Mitglieder, beim Beginn dieser neuen Etappe des Verbandsorgans: Selbt in Zukunft jeder nach besten Kräften mit an der Ausbreitung des Verbandes und

an der Vertiefung unserer gewerkschaftlichen und sozialistischen Ideale.

Jeder einzelne muß Mitarbeiter werden, dann kommen wir vorwärts.

Die alten Ausreden: „Auf mich kommt's doch nicht an!“ und „Wenn der dort mitmacht, mache ich auch mit!“ lassen wir nicht gelten. Es gibt keine stichhaltigen Ausreden, denn jeder hat seine Pflicht als Berufsgenosse zu erfüllen, das ist Ehrensache, davon können und dürfen wir kein Sota abgeben. Jeder ist selbst der Mann, an den wir uns wenden müssen. Und nicht nur an den männlichen Berufsgenossen müssen wir uns wenden, auch die Berufsgenossin hat die Pflicht, sich zu organisieren, auch sie muß zur gewerkschaftlichen Mitarbeit, zu solidarischem Denken und Handeln erzogen werden.

Berufsgenossinnen und Berufsgenossen! Schließt Euch an dem Verband der Sattler, Tapezierer und Portefeuller! Werdet Mitglieder, Mitkämpfer! Nehmt tätigen Anteil am großen Emanzipationskampf, an der Befreiung der arbeitenden Klassen aus niederer Lohnknechtschaft.

Und an Euch, Ihr alten Mitglieder, richten wir nochmals die Bitte: Laßt alles beiseite, was unsere Einigkeit, unsere Macht und Stärke unterbindet. Nur einig sind wir in stande, allen Nöten, die uns schon die nahe Zukunft bringen kann, erfolgreich Widerstand zu leisten.

Die Zeiten sind hart und ungewiß das Los, das uns beschieden ist. Das eine aber ist sicher und gewiß: Nur fester Zusammenschluß, einies, zielbewußtes Denken und Handeln muß uns über alle Gefahren, die uns bedrohen können, erfolgreich hinwegführen! Deshalb helfst mit und unterstützt alle Verbandsfunktionäre. Unterstützt auch Euer Verbandsorgan, indem Ihr sachliche Beiträge liefert, die dazu beitragen können, unsere gute Sache zu fördern.

Vorwärts sei die Losung!

### Das Problem der Verschmelzung des Deutschen Tapezierer- mit dem Sattlerbunde.

In Arbeitgeberkreisen sind die Tapezierer nicht erbaud von einer kommenden Verschmelzung mit den Sattlern. In der „Allgemeinen Tapezierer-Zeitung“ ist Herr Carl Dickmann frampfhaft bemüht, dem Nachweis zu führen, daß der eigentliche Urheber des Tapezierers der Teppichwirter des Mittelums sei. Das scheint uns zu bescheiden zu sein. Der Urheber des Tapezierers war doch der Höhlenbewohner, der den Eingang zu seiner Höhle mit Tierjellen verhängte und die Wände mit Tierjellen beklebte und dekorierte. Der erste Sattler wird wohl ein Mensch gewesen sein, der eine Tierhaut in Streifen schnitt, um daraus für sich oder ein Tier — ob Hund, Ziege oder Pferd ist gleichgültig — ein Geschütz bzw. eine Vorrichtung zum Ziehen anzufertigen. Wer hat nun zuerst angefangen? In der Tat eine Preisfrage, ob der Sattler oder der Tapezierer der ältere Handwerker ist, um die der Streit sich heute noch lohnt.

Es ist erstaunlich, welche Gründe solche jüdischen Köpfe gegen eine Verschmelzung anzuführen wissen. Sogar dem Ausbau von Fachschulen soll die Verschmelzung angeblich hinderlich sein.

Als wenn die großen Berufe der metall- und holzverarbeitenden Branche mit ihren vielerlei Spezialgruppen nicht größere Hindernisse zu überwinden gehabt hätten. Ein erdächtliches Schaulspiel fürwahr, wenn man sieht, mit welchem „Weitblick“ solche Fragen in Unternehmerkreisen behandelt werden.

Herr D. meint ferner, es sei absurd, die Verschmelzung der Gehilfen als zwingenden Grund für die Notwendigkeit der Verschmelzung der Unternehmerverbände anzuführen. Zur Bekämpfung der Arbeiterorganisation genüge die bestehende Arbeitsgemeinschaft unter Führung der Arbeitgeberverbände. Herr Dickmann erklärt zum Schluß, es sei überflüssig, Zeit und Mühe an die Lösung des Problems zu verwenden, wie ein Zusammenschluß des Bundes der Sattler und Tapezierer zuwege zu bringen sei.

Uns soll das wenig kümmern, wenn auch feststeht, das besonders in den mittleren und kleinen Städten für die Berufsgenossen leichter geordnete Verhältnisse geschaffen werden können, wenn Sattler und Tapezierer vereinigt sind. Wir sind übrigens überzeugt, die wirtschaftlichen Verhältnisse nehmen keine Rücksicht auf solche Argumente, wie Herr Carl

Dickmann sie anführt, um eine Verschmelzung abzulehnen. Was in Süddeutschland bereits vollzogen ist, wird über kurz oder lang in Norddeutschland auch vor sich gehen. Was Herr Dickmann von den Aufgaben der Arbeitsgemeinschaften erwartet, ist ja recht interessant. Wahrscheinlich ist er da besser unterrichtet wie wir. Unseres Wissens besteht zum Beispiel in Tapeziererberufe eine solche überhaupt nicht zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, denn die Herren vom Bundesvorstand sind über die erste platoniische Erklärung hierzu noch nicht hinausgekommen.

### Die Erhebung der Einkommensteuer.

Am 25. Juni sollen nunmehr die §§ 45 bis 52 des Steuergesetzes, der Abzug der Steuer vom Arbeitslohn durch den Arbeitgeber, in Kraft gesetzt werden. Wir haben bereits in Nr. 19 einige wichtige Auszüge aus den Bestimmungen veröffentlicht. Zunächst sollen 10 Proz. des Arbeitslohnes einbehalten werden, die endgültige Abrechnung folgt dann später, wenn feststeht, wie hoch das steuerpflichtige Einkommen ist. Als Einkommen gilt jede in Geld oder Geldeswert erhaltene Vergütung für Arbeitsleistungen, also Gehälter, Löhne, Tantiemen oder sonstige Bezüge der in öffentlichen oder privaten Diensten angestellten oder befristeten Personen. Dies brauchen wir nicht näher zu erläutern, da der Raummanget es uns verbietet.

Von Wichtigkeit ist, daß vom Gesamteinkommen unter andern in Abzug gebracht werden können: notwendige Ausgaben, die dem Steuerpflichtigen durch Fahrten zwischen Wohnung und Arbeit erwachsen, Mehraufwendungen für den Haushalt, die durch eine Erwerbstätigkeit der Ehefrau notwendig geworden sind, die von dem Steuerpflichtigen gezahlten Schuldzinsen, Beiträge, die der Steuerpflichtige für sich und seine nicht selbständig veranlagten Haushaltsangehörigen zu Krankens-, Unfall-, Haftpflicht-, Angefallenen-, Jubiläums- und Erwerbslosenversicherungs-, Witwen-, Waisen- und Pensionskassen gezahlt hat, soweit sich der Gegenstand der Versicherung auf die bezeichneten Gefahren beschränkt; Versicherungsprämien, die der Steuerpflichtige für Versicherungen der eigenen Person oder eines seiner nicht selbständig veranlagten Haushaltsangehörigen auf den Todes- oder Lebensfall zahlt, soweit sie den Betrag von 600 Mk. jährlich nicht übersteigen. Beiträge zu Sterbekassen bis zu einem Jahresbetrage von insgesamt 100 Mk. und, was sehr wichtig ist, die Gewerkschaftsbeiträge.

Bei der Veranlagung zur Einkommensteuer wird das Einkommen der Ehegatten zusammenge-rechnet. Dagegen werden die zum elterlichen Haushalt gehörigen Kinder mit ihrem Arbeitseinkommen selbständig veranlagt. Steuerpflichtig ist nur der Betrag von 1500 Mk. übersteigende Teil des steuerbaren Einkommens. Der steuerfreie Einkommensteil — 1500 Mk. — erhöht sich für jede zur Haushaltung zählende Person, deren Einkommen dem des Steuerpflichtigen hinzugzurechnen ist, um 500 Mk. Diese Vergünstigung gilt auch für jede weitere Person, deren Unterhalt der Steuerpflichtige in Erfüllung einer gesetzlichen Unterhaltspflicht bestreitet, jedoch nicht über den tatsächlich gezahlten Betrag hinaus. Ein Steuerpflichtiger, dessen steuerbaren Einkommen 10 000 Mk. nicht übersteigt, darf sogar für jedes Kind unter 16 Jahren statt 500 Mk. 700 Mk. abziehen. Für Steuerpflichtige, die zur Haushaltung eines anderen Steuerpflichtigen zählen, beträgt der steuerfreie Einkommensteil 500 Mark. Verdient zum Beispiel ein Kind 2000 Mk. und wohnt bei den Eltern, so hat es, wenn der Vater steuerpflichtig ist, 1500 Mk. zu versteuern und bleibt mit 500 Mk. frei. Würde dieses Kind aber nicht mehr bei den Eltern wohnen, dann wären die ersten 1500 Mk. steuerfrei und nur 500 Mk. zu versteuern.

Die Einkommensteuer beträgt nach dem § 21 des neuen Gesetzes:

Für d. ersten angefangenen oder vollen 1000 Mk. 10 Proz.	
„ „ „ „	1000 „ 11
„ „ „ „	1000 „ 12
„ „ „ „	1000 „ 13
„ „ „ „	1000 „ 14
„ „ „ „	1000 „ 15
„ „ „ „	1000 „ 16
„ „ „ „	1000 „ 17
„ „ „ „	1000 „ 18
„ „ „ „	1000 „ 19
„ „ „ „	1000 „ 20
„ „ „ „	1000 „ 21
„ „ „ „	1000 „ 22
„ „ „ „	1000 „ 23
„ „ „ „	1000 „ 24
„ „ „ „	2000 „ 25

ufo.

Nehmen wir nun einen Steuerpflichtigen, der ein Einkommen von 10 000 Mk. und Frau nebst drei Kindern unter 16 Jahren hat. Er würde

steuerfrei bleiben: 1. mit 1500 Mk. für die eigene Person, 2. mit 500 Mk. für die Ehefrau, 3. mit beizimal 700 Mk. oder 2100 Mk. für die Kinder; insgesamt also mit 4100 Mk. Die verbleibenden 5900 Mk. wären dann nach vorstehendem Tarif zu versteuern:

Die ersten	1000 Mk. mit 10 Proz. = 100 Mk.
„ „ „ „	nächsten 1000 „ „ 11 „ = 110 „
„ „ „ „	1000 „ „ 12 „ = 120 „
„ „ „ „	1000 „ „ 13 „ = 130 „
„ „ „ „	1000 „ „ 14 „ = 140 „
„ „ „ „	restlichen 900 „ „ 15 „ = 135 „

so daß dieser Steuerpflichtige 735 Mk. Reichseinkommensteuer zu zahlen hätte.

Bei der Veranlagung können besondere wirtschaftliche Verhältnisse, die die Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen wesentlich beeinträchtigen, berücksichtigt werden, sofern das steuerbare Einkommen den Betrag von 80 000 Mk. nicht übersteigt. Zu diesem Zwecke kann die Steuer bei einem Einkommen von nicht mehr als 10 000 Mk. ganz erlassen, bei einem Einkommen von nicht mehr als 20 000 Mk. bis zur Hälfte und bei einem steuerbaren Einkommen von nicht mehr als 30 000 Mk. um höchstens ein Viertel ihres Betrages ermäßigt werden. Als Verhältnisse dieser Art gelten insbesondere außergewöhnliche Belastungen durch Unterhalt und Erziehung der Kinder, durch Verpflichtung zum Unterhalt mittelloser Angehöriger, durch Krankheit, Körperverletzung, Verschuldung, Unglücksfälle oder durch besondere Aufwendungen im Haushalt infolge einer Erwerbstätigkeit der Ehefrau.

Die Veranlagung zur Einkommensteuer erfolgt nach dem steuerpflichtigen Jahreseinkommen, das der Steuerpflichtige in dem dem Rechnungsjahr unmittelbar vorangegangenen Kalenderjahre bezogen hat. Wer jedoch erst mit dem Beginn oder im Laufe eines Rechnungsjahres steuerpflichtig wird, wird nach einem steuerpflichtigen Jahreseinkommen veranlagt, das dem mutmaßlichen Betrage des steuerbaren Einkommens des ersten vollen Jahres oder des ersten vollen Wirtschaftsjahres entspricht. Diese Veranlagung wird erforderlichenfalls nach Ablauf dieses Zeitraums berichtigt. Die für ein Rechnungsjahr geschuldete Einkommensteuer ist in vier Raten jeweils in den ersten 15 Tagen der Monate Mai, August, November und Februar zu entrichten.

### Die politische Lage.

Die Reichstagswahlen haben weder den bürgerlichen noch den revolutionären Parteien eine rechte Befriedigung gebracht. Die einzelnen Parteilgruppen vollends können allein keine Regierung stellen. Die alten Koalitionsparteien sind derart geschwächt, daß es nicht möglich war, die Geschäfte weiterzuführen. Ebenso erzielten die sozialistischen Parteien keine Mehrheit, um eine sozialistische Regierung zu bilden. Nach vieler Mühe ist nun ein Kabinett zustande gekommen, das sich aus Zentrum, Demokraten und Deutscher Volkspartei zusammensetzt. Nachdem die unabhängigen Sozialdemokraten es abgelehnt hatten, sich an der Regierungsbildung zu beteiligen, verzichteten auch die Vertreter der alten sozialdemokratischen Partei darauf.

Nun haben wir glücklicherweise eine rein bürgerliche Regierung, die Arbeiterklasse kann zusehen, was die Vertrauensmänner derselben für eine Politik machen.

Es wäre eine arge Verkennung der Tatsachen, wenn wir nicht damit rechnen würden, daß diese bürgerlichen Parteien, denen man jetzt die Macht in die Hände gegeben hat, nicht alles tun werden, was irgend möglich ist, um die alte Macht und Herrschaft wieder aufzurichten. Dieses Streben erfährt allerdings eine starke Dämpfung durch die neuerliche Festlegung der deutschen Seeresmacht auf nur 100 000 Mann durch die Entente. Anscheinend besteht nun in reaktionären Kreisen der lebhafteste Wunsch, noch bevor die Reorganisation der Seeresmacht auf 100 000 Mann vorgenommen werden kann, gewalttätige Erhebungen des Volkes zu provozieren, um sie sofort niederzuschlagen zu können und dann die revolutionären Errungenschaften den Arbeitern und Angefallten wieder zu entreißen. So wird denn behauptet, Deutschland steht vor einer neuen gewalttätigen Erhebung, an der Sozialdemokraten, Unabhängige, Kommunisten teilnehmen.

Bekanntlich haben die Großindustriellen es verstanden, sich bereits in den Besitz der gelesesten, also einflußreichsten Zeitungen, zu setzen. In Journalisten, die bereit sind alles zu schreiben, was die Herren Kapitalisten wünschen, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen, ist kein Mangel.

Derweil wissen gewisse Arbeitervertreter nichts Besseres zu tun, als den Treuannschpall zwischen U. S. P. D. und S. P. D., zwischen Gewerkschaft und Partei, möglichst zu erweitern. So soll

„Däumig“ gesagt haben, man müsse Wohlthäter in die Gewerkschaften treiben, Pulver hinein tun, und sie auseinander sprengen. So etwas ist heute möglich in der deutschen Arbeiterbewegung, der klassenbewußten, zielklaren, revolutionären. Wie ist das nur möglich? Sehr einfach, ein großer Teil der deutschen Arbeiterschaft zehrt an der Hoffnung, es müsse möglich sein, die Arbeiterschaft mit einem Schlag aus aller Not und Plage freizumachen. Diktatur des Proletariats. Sie können und wollen diese Hoffnung nicht preisgeben, an welche sie sich nun mit allen Fasern ihres Seins klammern. Dagegen helfen keine Veranschaulichungen, keine Redensarten. Hier wird nur die Logik der Tatsachen belehrend und erzieherisch wirken, so hart es auch ist. Ja, die reaktionären Parteien haben viel Schwein, denn nur dadurch, daß die Sozialdemokratie gespalten ist, wurden sie vor der Vernichtung bewahrt. Daß es so gekommen ist, kann nicht mehr geändert werden, wir müssen uns damit abfinden. Was wir aber tun können, um die Einigkeit der Arbeiter aufrechtzuerhalten und dort, wo sie gefährdet erscheint, wieder herzustellen, das müssen wir tun.

Verzweifeln, Stollegen und Stollegen! schließt Euch fester denn je zusammen. Hört nicht auf diejenigen, welche die Gewerkschaften sprengen und zerstückeln wollen und wenn sie noch so scheinheilige Gründe vorbringen. Auch sie verbessern Euer Erdenloos nicht, das kann nur der Verband. Deshalb Einigkeit, Geschlossenheit in der Gewerkschaft über alles!

Der „Berliner Lokalanzeiger“ brachte am 26. Juni einen Artikel, in dem eine Liste der Einteilung einer „Roten Armee“ enthalten ist. Diese soll über 10 870 Maschinengewehre, 200 Flammenwerfer, 700 Minenwerfer und 420 Geschütze verfügen. In Wahrheit sind bekanntlich auf den Gütern der Junker Massen von Waffen vorhanden, wie die bereits gemachten Funde zur Genüge beweisen. Es gewinnt immer mehr den Anschein, als wenn die Reaktionäre drauß und drann sind, wieder einen großen Coup zu organisieren. So werden die Kräfte in Ostpreußen, Bremen, Erfeld usw. auf die Arbeit von Prokollateuren zurückgeführt. Wenn die Reaktionäre Anreize ansetzen, so haben sie dabei den Zweck im Auge, die von den Arbeitern bisher errungenen Freiheiten restlos zu vernichten und vor allen Dingen zu verhindern, daß dazu noch neue Errungen werden. Hierzu liefert ihnen gerade das extreme Vorgehen der Berliner Zentrale der sogenannten revolutionären Betriebsräte, unter Führung von Richard Müller, Matkahn usw., die Veranlassung. Wahrscheinlich wollen sie ihre Pläne verwirklichen, bevor noch die Entente die Entwaffnung und Reduzierung der jehigen Heeresmacht auf 100 000 Mann durchgeführt hat.

Hütet Euch, Arbeiter! Geht nicht in die Falle!

Und noch ein weiteres. Einem Betriebsrat in einem größeren Betriebe ist ein Schriftstück des Arbeitgeberverbandes zu Gesicht gekommen, in dem die Aufforderung an die Betriebsleitung gerichtet wird, ganz gleich, ob die Arbeit drängt oder nicht, möglichst die Arbeitszeit auf nur 3 Tage — 24 Stunden — in der Woche einzuschränken. Und in der Tat ist in der letzten Zeit diese Maßnahme, wie uns von verschiedenen Seiten mitgeteilt wurde, bereits durchgeführt worden.

Wenn man sich aus all diesen Vorgängen ein Bild macht, muß man zu dem Schluß kommen, daß die Gegner und Feinde der Arbeiter eifrig bemüht sind, die Position, die ihnen durch den Ausfall der Reichstagswahlen günstig erscheint, auszunutzen, um den Arbeitern wieder Ketten anzulegen.

Die sozialdemokratischen Parteien haben den Bürgerlichen die Macht und Herrschaft selbst in die Hände gespielt. Daß die Mehrheitspartei es abgelehnt hat, in die Regierung einzutreten, ist begreiflich, weniger zu begreifen ist das Verhalten der Unabhängigen. Werden sie aus der Situation, die sich nunmehr ergibt, nicht die Lehre ziehen, daß der Standpunkt: Alles oder nichts! ein unhaltbarer ist.

Optimisten sind der Hoffnung, daß der Austritt und die Lösung der alten Partei aus der Koalition der Bürgerlichen und ihrer Politik, die Wiedervereinigung der U. S. P. D. mit der S. P. D. ermöglicht. Wenn man sich die Situation klar macht, in der sich die arbeitenden Klassen zurzeit gegenüber der Reaktion befinden, müßte eigentlich diese Logik der Tatsachen jedem vernünftigen Menschen einleuchten, und der Drang zur Wiedervereinigung alles dessen, was sozialistisch denkt, müßte sich mit elementarer Kraft durchsetzen.

Aber, wo ist bei den Massen das Verständnis für das, was nottut?

In den Parteien sitzen auf allen Seiten genug Streber, Kletterer und Interessenten. Sie schüren nach wie vor die Gegenätze, heken die Arbeiter auseinander, statt die Einigkeit zu fördern.

Wo sind die großen Arbeiterführer, die den Mut, den Geist und die Kraft haben, das Pro-

letariat zu einigen und zum Siege zu führen? Proletarier aller Länder vereinigt euch! Schlagt euch nicht länger in sinnlosen Bruderkampf herum, zum Gaudium eurer Feinde.

## Die Krise in der Lederwarenindustrie.

Seit einigen Wochen liegt die Lederwarenindustrie in einem Maß danieder, daß nur die allerstärksten Krisenjahre in dieser Branche damit verglichen werden können. Der Mangel an Absatz, welcher schon auf der Frankfurter Messe sehr stark in die Erscheinung trat, hat sich schließlich derart gesteigert, daß eine Arbeitslosigkeit eingetreten ist, welche schon fast unerträglich geworden ist. Eine Anzahl Lederwarenbetriebe haben ausser oder haben gänzlich geschlossen, während in fast allen übrigen eine Verkürzung der Arbeitszeit bis auf 30, ja vielfach auf nur 24 Stunden pro Woche eingetreten ist. Diese unfreiwilligen Feiertage wären an und für sich der Arbeiterschaft dieses Gewerbes schon zu gönnen, zumal sie ihre Kräfte in der verflochtenen Konjunktur über Gebühr angestrengt hat, — wenn die Arbeiter nur auch für diese Zeit zu magen und zu beißen hätten. Aber gerade hiervon mangelt es. Von einzelnen, rühmlichen Ausnahmen abgesehen, zählen die Herren Unternehmer der Lederwaren- und Reiseartikelindustrie bisher keinen Pfennig Entschädigung für die durch die Verkürzung ausfallenden Arbeitsstunden. Seit Wochen schon steht die Verhandlung dieserhalb mit den Unternehmern in Verhandlungen, ohne wesentliches erreicht zu haben. Die Herren der Lederwarenindustrie verweigern jegliche Zuschüsse mit der Ausrede, daß sie nicht zahlen könnten, und wenn man sie jammern hört, kommt man fast in Versuchung, ihnen selbst noch mit einer kleinen Unterstützung unter die Arme zu greifen. Die Einsicht und das soziale Verständnis, das die Schuhfabrikanten und andere ihrer Arbeiterschaft gegenüber zeigten, können die Lederwarenfabrikanten anscheinend nicht aufbringen. Zwar fehlt es nicht an platonischen Erklärungen, daß man die Notlage des Arbeiters versteht und sehr bedauert, aber darüber hinaus kommt man im allgemeinen nicht. Dabei haben diese Unternehmer im vorigen Jahre jedenfalls keine geringeren Gewinne eingestekt, als wie die in der Schuhindustrie.

Mit dem Stande dieser Angelegenheit beschäftigte sich am Freitag, dem 18. Juni, eine stark besuchte Vertrauensmännerversammlung des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeullerverbandes in Offenbach a. M. Der erste Geschäftsführer Karl Höf zeichnete in längeren Ausführungen die gegenwärtige Situation im Gewerbe und berichtete gleichzeitig über die mit den Unternehmern schon gepflogenen Verhandlungen in der Entschädigungsfrage, die zu einem wesentlichen Ergebnis infolge des hartnäckigen Widerstandes der Unternehmer bis jetzt leider nicht geführt haben. Sowohl von dem Referenten als auch in der sehr lebhaften Diskussion wurde das ablehnende Verhalten der Unternehmer in der Entschädigungsfrage entschieden verurteilt. Man ist allgemein der Auffassung, daß die Lederwarenfabrikanten die unabwendbare moralische Verpflichtung haben, ihre Arbeiterschaft, welche ihnen die Gewinne erarbeitet, auch nunmehr in der Zeit schwerster, wirtschaftlicher Not über Wasser zu halten. Wenn sie diese Einsicht nicht haben, so könnte man von der Regierung verlangen, daß diese auf die Fabrikanten einen starken Druck nach dieser Richtung ausübt. Unter anderem kamen auch die Tarifgegner zum Wort, welche sich von der Ausschaltung der tariflichen Schlichtungsinstanzen einen Erfolg versprechen und verlangen, daß den Unternehmern die Pistole auf die Brust gesetzt wird. Ein Kollege kann eine Besserung der Verhältnisse nur erwarten von der völligen Ausschaltung des Profits, Uebergang von der Luxus- zur Bedarfswirtschaft, Produktionskontrolle durch revolutionäre Betriebsräte und restloser Sozialisierung der Industrie. Auch wurde auf die Ungünstigkeit des Betriebsrätegesetzes hingewiesen und die Arbeit der Tarifinstanzen bemängelt, indessen aber auch der Standpunkt vertreten, daß der Tarifvertrag jetzt gerade den wirksamsten Schutz biete gegen die Uebergriffe und den Herrenstandpunkt der Unternehmer. Dieser Standpunkt wurde auch vom Referenten nochmals unterstrichen und betont, daß uns die revolutionärsten Ideen aus der Situation nicht heraushelfen können. Durch scharfe Ueberwachung und Anwendung unserer reichstatarischen Bestimmungen sind wir in der Lage, unsere Position und Erzeugnisse zu halten, während ohne Tarifvertrag die Arbeiterschaft in der jehigen schlechten Konjunktur einem rücksichtslosen Unternehmertum auszuliefern wäre. Man denke allein nur an die Seimarbeit. — Für Sozialisierung sind wir alle. Aber diejenigen, welche das Wort in diesem Zusammenhang der Dinge in den Mund

nehmen, sollten doch wissen, daß gerade die auf die feinen Nuancen der Mode und den raffinierten Luxus eingestellte feine Lederwaren- und Reiseartikelindustrie ein solches Experiment jetzt am allerwenigsten vertragen würde. Es wäre gleichbedeutend mit dem Tode dieser Industrie und müßte eine völlige Stilllegung des weitläufigen größten Teiles der Fabrikation und damit eine geradezu katastrophale Arbeitslosigkeit der breitesten Arbeiterschichten, einschließlich der Metallwarenbranche im Gefolge haben. — Die Arbeiter wollen nicht das Kind mit dem Bade ausschütten, aber die Fabrikanten der Lederwarenindustrie müssen gleichfalls jetzt endlich ein Einsehen haben und Opfer bringen für die Arbeiterschaft, auf deren Loyalität, Intelligenz und Fleiß die ganze Produktion beruht und ohne die auch in Zukunft deren Fortbestehen unmöglich wäre.

Die Frage der Entschädigung für die durch Arbeitszeitverkürzung ausfallenden Arbeitsstunden steht vor den jehigen Reichstatarverhandlungen jetzt wieder zur Debatte. Hoffen wir, daß die Unternehmer nunmehr das Gebot der Stunde erkennen und nicht in unheiliger Verblendung weiterhin auf ihrem hartnäckig-ablehnenden Standpunkt verharren.

## Der geplante Landestarif für Sachsen.

Fast in allen Berufen erstrebt man die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auf zentraler Grundlage in sogenannten Reichstatarien. Der Arbeitsvertrag zwischen dem Meister und Gehilfen hat sich ausgewachsen zum Vertrag zwischen allen Arbeitgebern und allen Arbeitnehmern. Nur im Tapeziererberuf war es bisher nicht möglich, einen Reichstatar abzuschließen.

In Sachsen sollte nun der Versuch unternommen werden, einen Landestarif abzuschließen. In Sachsen hätte das sehr leicht möglich gemacht werden können. In Leipzig, Dresden, Chemnitz finden wir fast gleichartige Arbeitsverhältnisse, einen Stamm von Arbeitgebern, der in Zünften organisiert ist. Erst seit Kriegsende finden wir nennenswerte Spezialbetriebe der Klubmöbelindustrie. Die Arbeitnehmer unseres Berufs gehören zum besten Stamm unserer Organisation. Zwei gute Vertragskontrahenten waren also vorhanden, doch es hat nicht sollen sein.

Die drei Großstädte brauchen den Landesvertrag nicht so notwendig als die kleinen Städte, die bisher von der tariflichen Regelung fast ausgeschlossen waren. Nach Kriegsende erst ist es in den kleinen Städten Sachsens durch die Arbeit der Bezirksleiter möglich geworden, Tarife abzuschließen.

Mitte Juli 1919 waren noch in Bautzen, Plauen, Zittau und Zwickau Tarife abgeschlossen. Der Abschluß dieser Tarife und die Verhandlungen wegen Erneuerung und Neubeschlüssen von Tarifen erforderten sehr viel Mühe, Zeit und Geld.

Die Abschlüsse der kleinen Städte zu vereinfachen, das war der Zweck des Landestarifes.

In Dresden, Chemnitz, Leipzig finden wir fast gleiche Ortstarife vor. Diese schwanken nur in den Löhnen, je nach der Zeittage, in der diese Tarife abgeschlossen wurden.

Diese drei Tarife hätte man sehr gut vereinigen und mit Abfügungen für die anderen Bezirksorte gütlich machen können.

Ende des Jahres 1919 machten wir in Dresden dem Vorstand des Landesberufsverbandes Sachsens den Vorschlag des Landestarifes. Mitte März, kurz vor Ablauf des Dresdener Ortstarifs, teilten uns die Arbeitgeber mit, daß sie in Leipzig einen Entwurf beraten wollten. Der Entwurf wurde uns damals vorgelegt. Dieser Entwurf entsprach aber nicht unseren Wünschen, wir machten einen Gegenentwurf, der nach einer gemeinsamen Beratung im engsten Kreise als ein unverbindlicher Entwurf von beiden Seiten gelten konnte.

Auf Seiten unserer Kollegen waren es wohl nur die Leipziger Kollegen, wenigstens der Ortsverwaltung, die keinen Geschmack an dem Tarif finden konnten. Die Leipziger fühlten sich in ihrem freien Entschlußrecht behindert, glaubten also allein für sich größere Vorteile für die Kollegen herauszuschlagen. Gleichwohl waren sie aber lieber für einen Reichstatar zu haben, der ihnen doch sicher dieselbe Bindung bringen würde. Die größere Vornehmlichkeit wäre sicher auf Seiten des Landestarifes. In den anderen Orten wurde die Idee des Landestarifes nur begrüßt. Die Arbeitgeber standen in ihrer Mehrheit auf Seiten der Befürworter des Landestarifes. Was in die letzte Zeit noch wurde uns erklärt, daß es nur an uns liegt, wenn die Geschichte nichts vorwärts kommt.

Nunmehr wurde uns aber am 19. Juni erklärt, daß auch die Arbeitgeber Leipzigs, denen sich noch andere Orte angeschlossen hatten, den Landestarif ablehnen, dafür aber den Gedanken des Reichstarifes befürworten und dafür auch einen Entwurf vor-

bereiten. Zu diesem Umschwung in den Ansichten der Arbeitgeber hat sicherlich die veränderte wirtschaftliche Lage beigetragen. Die Arbeitgeber können nur unsere Kollegen in den kleinen Städten, die ein großes Interesse an dem Landestarif hatten, mit der Schaffung eines Reichstarisks verströhen.

Bei der schlechten Konjunktur glauben sicher manche Arbeitgeber besser ohne Tarif fahren zu können.

Warum ist nun ein Reichstarif so schwer in unserem Verufe zu machen? Ich muß sagen, mir würde ein Reichstarif auch ebenso lieb sein. Der Landesvertrag sollte doch nur eine Vorstufe zum Reichstarif sein, da dieser doch in weitem Felde ist. Die Zeit zur Abschließung eines Reichstarisks war günstig, die gesetzlichen Grundlagen gegeben, die allgemeinen, dem Reichstarifgedanken freundlichen Ansichten bei den Kollegen. Die berufliche Möglichkeit ist doch sicher ebenso vorhanden als in anderen Verufen. Gewiß ist unser Verufe so ein kleiner Industrieerwerb für sich. Die Interessen und Arbeitsmethoden sind sehr verschieden. Wir haben aber auch in Berlin, in Hamburg und in anderen Großstädten am Orte selbst ebenso große Unterschiede in den Arbeitsverhältnissen als zwischen der Großstadt und der Kleinstadt als zwischen Nord und Süd.

Ein Manteltarif, der in großen Umrissen die Arbeitszeit, Auslösung, Lohn und Ablauf regelte, wäre sicher möglich. Die Verhältnisse der einzelnen Orte und einzelnen besonderer Industrien könnten sicher nebenher noch geregelt werden durch örtliche Instanzen. Aber eine Abmachung vor allem über den Lohn müßte doch auch bald bei uns möglich sein. Wir sind doch sicher zu 70 bis 80 Proz. organisiert. Die Arbeitgeber sind in ihren Innungen und Arbeiterschutzverbänden auch ziemlich gut organisiert. Einen nicht organisierten Arbeitgeber, der Gehilfen beschäftigt, gibt es in den großen und Mittelstädten fast nicht. In den kleinen Orten sind die Meister auch in Sattler- und Tapeziererinnungen organisiert. Durch Verbindlichkeitsklärung könnte ein Reichstarif auch für alle Nichtorganisierten rechtlich gemacht werden.

Nach meiner Meinung müßten wir uns mehr mit diesen Dingen beschäftigen, damit wir aus dem Fortwursteln einmal rauskommen. Man kann also mit dem Entwurf, der in Dresden auf der Tagung des Deutschen Tapezierer-Innungsbundes vorgelegt werden soll, gespannt sein.

Für die sächsischen Kollegen ergibt sich aus dieser Situation folgendes: Bis zum Abschluß des Reichstarisks können wir mit der Neuregelung der Tarife und der Abschließung von Tarifen in Orten, wo bisher noch keine bestanden haben, nicht warten. Alle Ortsverwaltungen haben diese Fragen sofort zu prüfen, wo es angeht, mit den Arbeitgebern zu verhandeln. Die Bezirksführer müssen helfend eingreifen. Kommt es zu keiner Einigung, sind die Schlichtungsausschüsse anzurufen.

Es wäre auch zu prüfen, ob die Kollegen, welche bei Mitgliedern der Sattler- und Tapezierer-Innungen, und vor allem als Tapezierer bei Sattlermeistern arbeiten, sich nicht dem Reichstarif der Sattler unterstellen. In diesem Tarif sind die Mindestlöhne festgelegt, auch Ferien sind vereinbart. Alles Dinge, die den Tapezierern der kleinen Orte abgehen.

A. Rippold.

## Der Schutz der Tarifverträge.

Ueber den Tarifvertrag im gewerblichen Arbeitsverhältnis, seine Licht- und Schattenseiten, zu reden oder zu schreiben, mag manchem unserer Kollegen heute überflüssig erscheinen. Und doch ist trotz sehr ausgiebiger Behandlung dieser Materie noch vieles darüber zu sagen und viele unserer Kollegen wissen auch heute noch nicht, wie sie sich der Frage, ob Vertragsabschluss oder nicht, gegenüber verhalten sollen. Manche auch sind in ihrer schon gefassten Ansicht wieder wankend geworden und fällen heute ihr Urteil gegen den Tarifvertrag, dem sie früher das Wort geredet haben. Die Gründe dafür erscheinen auf den ersten Blick begrifflich, liegen aber zum Teil nicht im Wesen des Tarifvertrages selbst, sondern fast immer in seinen mangelhaft ausgebauten und darum schlecht funktionierenden Institutionen. Vielfach wird aber auch das Kind mit dem Bade ausgeschüttet und die Tarifverträge deshalb verworfen, weil sie in Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges und umfangreicher Arbeitslosigkeit lediglich die errungene Position zu halten vermögen, anstatt auch weiterhin die Leiter zu bilden, aus deren Sprossen die Löhne immer weiter emporklettern. „Der Vertrag schützt uns nicht vor Arbeitslosigkeit und bringt uns keine Verbesserung unserer Löhne, also fort mit ihm!“ Das sind dann die anscheinend schwerwiegenden Argumente, welche in solchen Zeiten gegen die Tarifverträge angeführt werden und sie finden bei oberflächlich denkenden Arbeitern so häufige Zustimmung. Wie jedes Ding, so hat auch der

Tarifvertrag seine zwei und mehr Seiten. Seine oft erkannte starke Seite liegt aber gerade darin, daß er die einmal errungene höhere Position in den Lohn- und Arbeitsbedingungen einer Industrie auch über die wirtschaftlich schlechte Zeit hinaus fortführt und so die Basis liefert, auf welcher die organisierte Arbeiterschaft beim Wiedereinsetzen der besseren Zeit weiterzukommen vermag. Wohl vermag sich der Herrenstandpunkt des Unternehmers in der trüben Zeit des niederliegenden Geschäftsganges scharfer als sonst hervorzuhören und die Arbeiter empfinden dann mit Zähneknirschen ihre augenblickliche Schwäche, aber die durch den Vertragsabschluss erreichte und festgelegte Plattform vermag der Unternehmer nicht zu erschüttern, wenn anders er nicht Tarifbruch begehen will, für welchen ihn die Tarifinstanzen zur Verantwortung ziehen müßten.

Mit demselben Unbehagen, mit dem der Arbeiter während schlechter Konjunktur seine Schwäche fühlt, empfindet auch der Fabrikant die Schranke, welche ihm der Tarifvertrag als Grenze seiner Macht gezogen hat. Ohne sie würde es der Willfür der Unternehmer zweifellos gelingen, die notleidende Arbeiterschaft wieder weit unter die Arbeitsbedingungen und Lohnstufen herunterzudrücken, welche durch den Tarifvertrag erreicht worden sind und nunmehr wenigstens festgehalten werden können. Oder glaubt jemand an die Wohlstandsfähigkeit der Unternehmer aus allen Lagern, die sie verhindern würde, die erreichten Löhne herabzudrücken und im Gegenteil veranlassen, die derzeitigen Arbeitsbedingungen aus Menschenfreundlichkeit hochzuhalten? Wer die Unternehmer kennt, ist darüber nicht im Zweifel. Bei jedem Nachlassen der Konjunktur, bei dem geringsten Ueberangebot von Arbeitskräften über die Nachfrage würden nicht nur sofort Zeit- und Affordlöhne sinken, auch alle sonstigen Ertrugenschaften, wie Feiertagszahlung, Feriengewährung usw. würden ohne weiteres in Frage gestellt, ja einfach verloren sein. Bei jeder neuen Konjunktur aber müßte die Arbeiterschaft wieder von vorn anfangen und es bedürfte immer wieder großer und manchmal opferreicher Lohnbewegungen, um nur die verlorene Position wieder zu erringen, geschweige darüber noch hinauszukommen. Also eine ständige Erschöpfung und Wiederaufpeitschung der Kräfte in steter Wechselwirkung, ohne nachhaltige, sichere und dauernde Verbesserungen. Dahingegen bedeuten die Abschlüsse von Tarifverträgen das unbedingte Festhalten an dem einmal Erreichten, die stete Befestigung neuer Etappen, das Vermeiden wesentlicher Rückschläge, das zwar langsamere aber sichere Vorwärtsschreiten auf dem Wege zum Endziele. Die Tarifverträge bedeuten nur Atempausen im Kampfe gegen die Unternehmer und schaffen die jebedauernde neue und vorgeschrittenere, bessere Grundlage für den weiteren Aus- und Aufbau. So ist der kollektive Arbeitsvertrag jedenfalls ein besseres Mittel zur sichern und dauernden Hebung der Lage der Arbeiterklasse als spontane Bewegungen, welche aus den Verhältnissen heraus geboren, wohl einen augenblicklichen Sprung nach vorwärts bewirken können, aber beim Umschlagen der Konjunkturverhältnisse auch unweigerlich wieder den schweren Niedfall mit dem Verluste alles Erreichten im Gefolge haben. Die Unternehmer wissen nur zu gut, daß sie ohne Tarifvertrag dem Arbeiter alles mühsam Erreichte immer wieder aus der Hand winden können und darum auch der Widerstand der Groß- und Schwerindustriellen, welche sich bis zum Ausbruch der Revolution gegen den Abschluß von kollektiven Arbeitsverträgen stets gesperrt haben.

Umgekehrt sehen wir die organisierte Arbeiterschaft der Groß- und Schwerindustrie in dem Moment sofort zum Abschluß von Kollektivverträgen schreiten, wo durch den Niederbruch des militaristischen Systems bzw. der kapitalistischen Regierung der starke Widerstand der Großindustriellen gebrochen und der Arbeiterschaft auch in den Großbetrieben größerer Einfluß gesichert ist. Allein dieser Umstand schon müßte denen zu denken geben, welche im eigenen Verufe jahrzehntelang Tarifverträge haben und nunmehr auf Grund von Erscheinungen, welche mit dem Tarifvertrage im Grunde nichts zu tun haben, ins entgegengesetzte Extrem verfallen und schon in den Arbeitsgemeinschaften eine Harmonieduerei erblicken. Der gesunde Sinn der Arbeiterschaft muß darauf bedacht sein, die mühevolle Frucht, die Erfolge schwererer und opferreicher Kämpfe unter Dach und Fach zu bringen, anstatt sie in dem Strudel neuer Kämpfe immer und immer wieder aufs Spiel zu setzen. Der Klassenkampfcharakter der Gewerkschaften wird dadurch nicht im mindesten verwischt und ebenso wenig von dem Endziel irgend etwas aufgegeben. Was in den Tarifverträgen zum Ausdruck kommt, sind lediglich die sichtbaren und handgreiflichen Erfolge dieses Klassenkampfes und die tariflichen Schlichtungs- und Spruchinstanzen sind naturnotwendige Einrichtungen zur Sicherung der Ertrugenschaften des Kampfes. Sie haben zu gewährleisten, daß jede

jedem einzelnen der Arbeiterschaft auch zugute kommen. Darum kann man die Tarifinstanzen nicht bekämpfen oder verwerfen, ohne die Tarifverträge selbst abzulehnen und man hat nur zu wählen zwischen den dauernden Sicherungen des Tarifvertrages oder den Augenblickserfolgen spontaner Bewegungen und Kämpfe, die jederzeit wieder in Frage gestellt werden können. Dem tiefer denkenden und geschulten Gewerkschaftler kann diese Wahl nicht schwer fallen. Wenn aber, was leider öfter der Fall ist, die Tarifüberwachungsinstanzen, Arbeitsgemeinschaft, Schlichtungskommission usw. nicht so funktionieren wie es wünschenswert, besser gesagt, erforderlich ist, dann hilft es nichts, wenn man diese Institution bekämpft oder ablehnt und das Uebel wird damit nicht verringert oder beseitigt. Im Gegenteil bedarf es der tatkräftigen Mithilfe aller, die dazu berufen und befähigt sind, diese wichtigen Institutionen als die Ausführungsorgane des Tarifvertrages auszubauen und zu festigen und zu den Aufgaben zu befähigen, welche sie zu erfüllen haben.

Wenn das geschieht, dann bilden die Tarifverträge nicht, wie von ihren Gegnern so oft behauptet wird, ein Hemmnis für die Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern einen starken Schutzwall gegen die in schlechter Konjunktur der Arbeiterschaft drohenden Uebergriffe eines skrupellosen Unternehmertums, das ohne diese Schranke dem Arbeiter alle Früchte früherer Kämpfe entreißen würde. Das Recht des Tarifvertrages ist der Schutz und die Stärke der organisierten Arbeiterschaft, wenn die Konjunktur sie an der Anwendung ihrer sonstigen Kampfmittel hindert.

Karl Höf.

## Die Gegensätze in der Betriebsrätefrage

Eine Generalversammlung der Groß-Berliner Betriebsräte tagte am 24. Juni und faßte den folgenden Beschluß:

„Die Generalversammlung der Betriebsräte des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin erklärt, daß keine Instanz über die Form der Zusammenfassung der Betriebsräte zu entscheiden hat, daß darüber nur die Angestellten und Arbeiter durch ihre Betriebsräte selbst zu entscheiden haben. Die Generalversammlung verlangt eine selbständige Organisation der Betriebsräte zur Wahrung der wirtschaftspolitischen Interessen der Arbeiterklasse, die außerhalb des Rahmens der Gewerkschaften liegen. Sie erkennt an, daß auch die Gewerkschaften ihre Betriebsräte zusammenrufen müssen zur Regelung der in ihr Tätigkeitsgebiet fallenden Aufgaben. Eine Verständigung über die Tätigkeit beider Organisationen ist notwendig und muß durch eine Vereinbarung herbeigeführt werden. Der zwischen der Rätezentrale und dem Ausschuss der Gewerkschaftskommission aufgestellte Organisationsplan kann als Grundlage angesehen werden. Irigendwelche Bestimmungen über die Finanzierung der Räteorganisation, die ihre Selbständigkeit aufheben, müssen unterbleiben. Die Generalversammlung verlangt von den beteiligten Körperschaften den sofortigen Abschluß der Vereinbarungen auf dieser Grundlage.“

Wir haben in unseren Nummern 23 und 24 eingehend über die Betriebsrätefrage berichtet und dabei ganz besonders nachgewiesen, daß die Gewerkschaften die eigentlichen Träger der Arbeiterbewegung sind. Daß die Gewerkschaften die beruflichen Faktoren sind, die den Uebergriffen der Machthaber steuern und der Kapitalmacht ein Halt entgegenzusetzen können, unterliegt gar keinem Zweifel. Die Aktionskraft der Gewerkschaften wird aber durch den oben berichteten Beschluß der Groß-Berliner Betriebsräte ganz gewiß nicht gestärkt, ganz im Gegenteil, ganz erheblich geschwächt. Die Rätezentrale des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin, die Rätezentrale des Deutschen Gewerkschaftsbundes, die Parteileitungen der verschiedenen Gruppen und Kruppen und die Berliner Gewerkschaftskommission, alle sollen sich verständigen. In Wirklichkeit sollen aber die Berliner Arbeiter tanzen wie Richard Müller und sein Stab pfeift.

Was will Richard Müller eigentlich? Richard Müller will den wirtschaftlichen und politischen Neuaufbau Deutschlands auf dem Fundament der Räteorganisation organisieren. „Die Arbeiterräte sind die beruflichen Vertretungen der werktätigen Bevölkerung auf allen Gebieten des politischen und wirtschaftlichen Lebens“, heißt es in den Richtlinien, die dem zweiten Rätekongress unterbreitet wurden und auf welche Müller sich stützt.

Die Konsequenz dieser Politik ist ganz selbstverständlich, daß alle anderen Organisationen in dem Maße überflüssig sind und werden, wie die Räteorganisation vorwärtsschreitet.

Die Räteorganisation soll sich aufbauen auf den Betriebsräten und fortentwickeln zu einem das ganze Wirtschaftsleben tragenden Organismus, schreibt Müller in Nr. 242 der „Freiheit“ vom 24. Juni.

Daß die Berliner Arbeiterschaft ihre Nullstellen in die Generalversammlung der Groß-Berliner Betriebsräte schickte, daß man wohl annehmen

Da nun die Generalversammlung der Betriebsräte der Müllerschen Suggestion mit Begeisterung folgt, kann man wohl annehmen, daß die Berliner Arbeitererschaft tatsächlich daran glaubt, daß die Betriebsräte jener gewichtige Faktor werden, der das ganze Wirtschaftsleben trägt.

Wir wollen nicht unterfragen, wann dieses Ziel einmal erreicht werden kann, müssen aber doch die Frage aufwerfen: Ist die politische und wirtschaftliche Entwicklung bereits soweit reif, daß wir den Abbau der Gewerkschaftsorganisationen in Angriff nehmen dürfen, indem wir ihre Aktionskraft lähmen?

Richard Müller hat bereits als Redakteur der „Metallarbeiterzeitung“ den Beweis erbracht, daß er die Verhältnisse nicht richtig einschätzt. Auch der Metallarbeiterverband, die stärkste Gewerkschaftsorganisation der Erde, ist noch immer nicht der Machtfaktor, der dem Unternehmerverband seine Wünsche diktiert, er muß mit den Unternehmern verhandeln. Und da muß man sachlich sein, da fruchten keine starken Worte. Vor allem aber hat es keinen Zweck, die Leute, mit denen man verhandeln will und muß, gleichzeitig in schärfster Weise anzuarbeiten und herunterzureißen. Während der Vorstand verhandelt, fuhr nun R. M. mit einem „Unternehmerfrechheit“ betitelten Artikel dazwischen.

Der Vorstand hat die Zeitung, die den Artikel enthält, nicht verbreiten, sondern einschlachten lassen. Darauf leute R. M. seinen Koffen als Redakteur der „Metallarbeiterzeitung“ nieder. Wir halten Richard Müller nicht für den Mann, der dazu berufen wäre, den Neuaufbau des deutschen Wirtschaftslebens, noch dazu im Gegensatz zu den deutschen Gewerkschaften, auf der Grundlage der Betriebsräte zu organisieren.

Richard Müller schreibt in der „Freiheit“, Nr. 242:

„Bei dem Kampf um die Betriebsräte, der jetzt ausgetragen wird, handelt es sich um den Aufbau einer wirtschaftlichen Räteorganisation, außerhalb des Rahmens der Gewerkschaften nach den Richtlinien, die von der U. S. V. D. seit Jahr und Tag aufgestellt und propagiert worden sind.“

Wir wollen nicht gegen diese Politik polemisieren, deren Resultat nun der oben berichtete Beschluß der Generalversammlung der Groß-Berliner Betriebsräte ist. Dadurch wird nur von neuem der Zank und Stank zwischen Partei und Gewerkschaften geschürt.

Wir sind der Meinung, daß die Frage der Organisation der Betriebsräte jetzt und für absehbare Zeit einzig und allein Sache der Gewerkschaften ist. Wendet sich die Situation nach der Richtung so, daß die Betriebsräte als Träger des ganzen Wirtschaftsorganismus ernstlich in Betracht kommen, dann ist die Verständigung zwischen Gewerkschaft und Partei sicher schnell zu erzielen.

Vorkäufig ist es Utopisterei, den Arbeitern vorzureden, es wäre schon so weit, oder Demagogie. Zurzeit können die Betriebsräte nur auf gewerkschaftlicher Grundlage gedeihliche Arbeit leisten. Deshalb müssen wir Front machen gegen die Zersplitterung, die unseren Einfluß im Wirtschaftsleben nur schwächen kann.

**Gau Württemberg und Baden.**

Endlich haben sich die Sattler- und Tapezierer-gehilfen doch zusammengefunden, nötig wäre diese Vereinigung schon längst gewesen! So lautet das Urteil über die Verschmelzung, insbesondere unter den bei Handwerksmeistern beschäftigten Mitgliedern.

Jetzt werden wir auch die notwendige Verbesserung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse durchsetzen können! Das ist die zuberichtigliche Hoffnung, welche an die Vereinigung der beiden Berufsorganisationen allgemein geknüpft wird.

Die Erfüllung dieses Wunsches wird wohl von allen Kolleginnen und Kollegen sehnlichst erwartet und ist von jeder seitens der getreuen marschierenden organisierten Kollegen angestrebt worden, auch der gemeintene neue Verband wird mit äußerster Anstrengung auf dessen Verwirklichung hinarbeiten, aber zu Erfolgen in dieser Beziehung ist dringend notwendig, daß es die Gesamtkollegenchaft nicht bloß beim „Wünschen und Hoffen“ — bewenden läßt, sondern selbst rührig mit Hand anlegt, denn in erster Linie gilt es aufzuräumen mit solchen Rückhängigkeiten der Arbeitsverhältnisse, die durch Einwirkung der Gewerkschaften in Industriebetrieben längst beseitigt werden konnten, aber in Kleinbetrieben in Form von langer Arbeitszeit, ungenügender Löhne, zurückstehender Behandlung, gesundheitschädlicher Arbeitsräume, Lehrlingsausbeutung usw. üppig weiterwuchern, so daß vom „goldenen Voben des Handwerks“ sich kein blasser Schimmer mehr zeigt!

Warum ist hier trotz der Revolution und dem erweiterten Einfluß der Arbeitnehmerorganisationen nicht die notwendige Verbesserung eingetreten?

Die Antwort darauf klingt zwar hart, muß aber, im Interesse der Sache selbst, klar gegeben werden! Schuld daran ist in erster Linie die Gleichgültigkeit der in den Kleinbetrieben beschäftigten Kollegen gegenüber den Bestrebungen der Arbeiterorganisationen. Dadurch bleibt ein großer Teil der Kollegen in Unkenntnis dessen, was sich die Arbeiter durch ihre Organisationen im allgemeinen und unsere Kollegenchaft durch den Verband im besonderen, errungen hat und weiter erringen könnte.

Wohl empfindet mancher Kollege für sich, daß er unter traurigen Verhältnissen arbeitet, weil er aber keinen Anstoß an organisierte Arbeiter hat und demzufolge keinen Stützpunkt findet, so ergibt er sich — grollend und mißmutig — in sein Schicksal. Wenn einem solchen Kollegen dann noch von unverständiger Seite aus, oder in demagogischer Weise durch schlechte Berater eingekläfft wird: der Verband hat ja doch keinen Wert für dich, da müßt du trotz deines geringen Verdienstes bloß Beiträge zahlen und siehst nichts mehr davon, weil das Geld nur andere verbrauchen, so wird jedes Vorwärtstreiben in ihm unterbunden, er bleibt abgedroschen für sich, verfällt in Gleichgültigkeit, es wird geistig Nacht um ihn, die kein Lichtstrahl der Hoffnung auf bessere Zukunft erhellt. Seine Arbeitslust und Berufsfreudigkeit erschläft, das führt zur Unselbstständigkeit, wodurch er zum eigenen Schaden zu einem Teil des Hemmchubes am allgemeinen Fortschritt der Gesamtkollegenchaft gemacht wird!

So kann und so darf es nicht weitergehen! Der erste Schritt auf dem Wege zur Besserung geschieht durch Eintritt in unseren Verband!

Jeder Sattler und Tapezierer, ohne Rücksicht auf seine religiösen oder politischen Anschauungen, muß sich dem Verband anschließen, dieser verleiht ihm Aufklärung über Arbeiterrechte und Berufsverhältnisse, gewährt ihm Beihilfe bei Streiks oder Aussperrung, Maßregelung, Arbeitslosigkeit. Unterstützt ihn in Vertretung berechtigter Interessen gegenüber seinem Arbeitgeber, tritt energisch für Beseitigung unwürdiger Arbeitsverhältnisse und Durchführung zeitgemäßer Entlohnung und Arbeitszeit ein. Darum darf kein Kollege den Anstoß an unseren Verband veräumen!

An die organisierten Kollegen im Handwerk und der Industrie sei hiermit der dringende Appell gerichtet: Erlahmt nicht in der Werbung für die Organisations! Vergeht nicht, was Euch dieselbe schon geschaffen hat, bedenkt, daß die Leistung nicht jedem Einzelwunsch gerecht werden kann, daß das Gesamtinteresse in den Vordergrund zu stellen ist, jedes Mitglied aber sein Teil zur Erreichung eines gesunden allgemeinen Fortschrittes beitragen kann und muß! Es handelt sich also nicht nur darum, Mitglied zu sein und seine Pflicht durch Zahlung des Beitrages zu erfüllen, sondern das Bestreben muß darauf gerichtet sein, unsern Verband in jeder Beziehung zu stärken!

Der Verband ist nicht die Leitung oder sind nicht die Funktionäre, nein, der Verband sind wir alle miteinander! Was wir ihm zugunsten tun, kommt jedem einzelnen von uns wieder zugute!

Darum wirkt für Euch selbst, indem Ihr die Nachlässigen aufmuntert, die Rückständigen auflückt und die Agitation Eurer Funktionäre unterstützt!

Jeder Organisierte, der einen Unorganisierten kennt, wirke mündlich oder schriftlich auf diesen ein und bewege ihn zum Anschlusse an uns!

Bedenkt, daß unsere Errungenschaften ständig verteidigt werden müssen, der Ausbau unseres Tarifwesens dringend notwendig ist, aber außerdem die eingangs dieser Zeilen aufgeführten Mißstände im Interesse der gesunden Weiterentwicklung unserer Berufsverhältnisse unbedingt beseitigt gehören, wenn wir vorwärts kommen wollen.

Darum frisch ans Werk!  
Dem Schwachen zu helfen, bedeutet den Fortschritt zu fördern!  
Der Allgemeinheit zu nützen, kommt jedem einzelnen zugute!  
Die Kollegialität zu pflegen, erfordert die Selbstachtung!  
Solidarisch zu handeln, gebietet die Arbeiterpflicht!

Jede ehrliche Gesinnung zu achten, ist — Menschenpflicht! —

Wenn wir uns von diesen Gedanken leiten lassen und nach solchen Richtlinien im geeinigten Sattler-, Tapezierer- und Portefeullerverband gemeinsam zusammenarbeiten, so wird der Erfolg nicht ausbleiben!

Adressen von Unorganisierten, Beitrittserklärungen oder Anregungen bezüglich der Agitation nimmt jederzeit entgegen: J. Jg. Gausleiter, Stuttgart, Böheimstraße 110.

**Gau Bayern I (Bezirk Nürnberg).**

Das Arbeitsfeld innerhalb unseres Bezirks wurde durch die Verschmelzung der beiden Verbände wesentlich erweitert. Nicht nur, daß durch die Verschmelzung die meisten Zahlstellen eine höhere und auch stabilere Mitgliedschaft erhielten, auch sonst wurden in mehreren Orten Verbindungen hergestellt, welche bis zur Verschmelzung nur ganz lose waren, nun aber zu den schönsten Hoffnungen berechtigten. Man merkt aus allen Zuschriften, daß fast überall neuer Geist die Kollegen befeelt und ein Vorwärtstreiben, ein Herauswollen aus der bisherigen Misere, sich bemerkbar macht, wie nie zuvor. Meines Erachtens ist dies Nützen und Gewinnen nicht nur allein auf die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse zurückzuführen, sondern stark mit hervorgerufen durch das gegenseitige Nähertreten der Kollegen der beiden Berufe, herbeigeführt durch die Verschmelzung der beiden Verbände.

Leider wird unsere Arbeit zurzeit sehr erschwert durch den plötzlich eingetretenen Stillstand der Produktion fast aller Branchen. Sowohl die Lederwarenindustrie, als auch die Tapezierer- und Treibriemenindustrie liegen ganz darnieder. Selbst in der Geschirrabranche geht's flauer als je. Voll gearbeitet wird nur in einigen wenigen kleinen Werkstätten, dagegen arbeiten kurz zwischen 20 bis 34 Stunden wohl 70 bis 75 Proz. der Mitgliedschaft, während einige Hundert der Mitglieder zum Teil ausziehen, zum Teil ganz entlassen sind. Hauptsächlich im Tapezierberufe sind viele Betriebe geschlossen, welche in der Hauptsache sich mit Infertigung an Klubmöbeln befassen und wo in manchen Werkstätten bis zu 30 Kollegen beschäftigt waren. Nicht einmal die Wertmeister oder Vorarbeiter sind übrig geblieben. Wie die Betriebe kamen, sind selbige wieder verschwunden.

In der Lederwarenbranche hofft man über die schlechte Zeit hinwegzukommen durch starke Einschränkung der Arbeitszeit und sind hier bis jetzt wenig Entlassungen zu verzeichnen. Innerhalb der Arbeitsgemeinschaft dieser Branche wird stets darauf hingearbeitet, Entlassungen soweit als möglich hintanzuhalten, und wenn alle Arbeiter wöchentlich nur noch 2 Tage arbeiten, so ist dies immer noch erträglicher, als daß ein großer Teil ganz arbeitslos ist.

Wie sich die Verhältnisse weiter entwickeln werden, liegt vorerst ganz im Dunkeln. Die Vertreter der Industrie befürchten ein noch weiteres Zurückgehen der Geschäftslage, da eben niemand etwas kauft, in der Voraussicht, daß eine weitere Verbilligung der Artikel eintreten muß. Für uns liegt nur die Sache so, daß wir alles aufbieten müssen, um so weit als möglich Entlassungen zu verhindern. Wir wissen sehr wohl, daß mancher Fabrikant den Betrieb lieber schließen möchte, weil er eben zurzeit nicht rentiert. Dafür kann aber die Arbeiterchaft nichts und es darf doch nichts unverjagt bleiben, um das zu verhüten. Den Fabrikanten, welche eine jahrelange Hochkonjunktur hatten, ist eindrucksvoll das Gewissen zu schärfen, nur auch in der schlechten Zeit den Arbeiter zu halten, um dessen Kraft man sich in der guten Zeit bemühte. Soll eine wirtschaftliche Verleumdung der Arbeiterchaft verhindert werden, müssen auch die Arbeitgeber Opfer bringen, um bei Wiederbeginn einer besseren Konjunktur mit guten Arbeitskräften vorzuzug zu sein.

Seitens der Kollegenchaft erwarten wir trotzdem, daß sie dieserhalb nicht mutlos wird und eventuell die Flinte ins Korn wirft, sondern wie bisher auch weiterhin treu zum Verbande hält. Nur durch einiges Zusammenstehen werden wir am leichtesten über die Krise hinwegkommen.

Gans Böhner.

**Rheinland und Westfalen.**

Schon stets hat der Westen Deutschlands die Aufmerksamkeit besonders auf sich gelenkt, und heute hängt geradezu alles ab von den politischen und wirtschaftlichen Ereignissen im Industriegebiet. Wer hier die Herrschaft besitzt, entscheidet auch über das Schicksal des Reiches. Das weiß unser siegreicher Feind ganz besonders zu werten mit seiner offenen oder versteckten Annexionspolitik, den unterhändigen Lösungsbestrebungen vom Reich, der eigenen rheinischen Republik, welche mehr oder minder begünstigt wird von Vertretern im eigenen deutschen Lande.

Hier dominiert der industrielle Kapitalismus in seiner höchsten Entfaltung und Macht, hartbedrängt von der klassenbewußten Arbeiterchaft, die zielbewußt dem Sozialismus zustrebt. In den gewaltigen privatkapitalistischen Werken schäft ein Millionenheer von Industriearbeitern. Die politischen Parteien suchen Anhang, die gewerkschaftlichen Organisationen aller Richtungen ringen hier um die Seele des Arbeiters. Kirch- und Dundersche und

Zentrumsvereine, die christliche Bewegung, polnische Berufsvereine, Unionisten, Syndikalisten suchen die Masse der Industriearbeiter zu gewinnen und in den Dienst ihrer besonderen Anschauungen und Absichten zu stellen. Gewaltig, alles andere überragend, haben sich die Verbände der freien, der Gewerkschaften entwickelt. Von rund acht Millionen Mitgliedern im Reich sind ein Siebentel in Rheinland und Westfalen organisiert, weit mehr in den freien Verbänden hier, als die Christlichen in ganz Deutschland zählen.

Bedeutend ist diese Zerrissenheit in der Arbeiterschaft zum Schaden ihrer selbst und zur größten Freude der kapitalistischen Klasse, die nun ganz besonders daran ist, ihre Herrschaft zu befestigen und ihre Macht zu gebrauchen. Hier werden wohl auch endgültig und entscheidend die Schlachten geschlagen zwischen Kapital und Arbeit. Jetzt gilt es, die Demokratie im Wirtschaftsleben zur Durchführbarkeit zu bringen durch die Betriebsräte, und die höchsten Anforderungen werden dabei an die gewählten Arbeitervertreter gestellt. Freiwillig wird hier das großkapitalistische Unternehmertum nicht aus seiner Vormachtstellung weichen, und unersetzlich wird es aller Anstrengung bedürfen, um den Mangel an Kenntnis der Volkswirtschaft, über Produktion, Konsum, Technik und Betriebswissenschaft auszugleichen und dem Gegner ebenbürtig zu werden.

Daraus ergeben sich von selbst unsere nächsten Aufgaben. Ausdehnung des Berufsverbandes auf alle Produktionsstätten, Agitation für den Verband bis in die kleinsten Orte, engerer Zusammenschluß, größte Disziplin und Solidarität sämtlicher Berufsangehörigen und gewerkschaftliche Schulung zum Klassenbewußtsein der Arbeiter.

Nach der Verschmelzung mit dem Sattlerverbande haben wir heute rund 5000 organisierte Mitglieder im Gaugebiet; 1905 waren es nur 600 organisierte Tapezierer, am 1. Mai konnten wir rund 2200 Tapezierer im Gau dem neuen Einheitsverband zuführen. Ein schöner Fortschritt, und der Vorteil dieses festen Zusammenschlusses drückt sich aus in den abgeschlossenen Tarifverträgen für das Tapezierergewerbe. Von 36 Verwaltungsstellen arbeiten die Kollegen in 28 Städten unter tariflich geregelten Arbeits- und Lohnbedingungen; und inhaltlich sind es nicht die schlechtesten von Deutschland. Arbeitszeit und Löhne sind annehmbar, Ferien fast allgemein vorgeesehen, und in den größeren Orten hat sich der Verband auch ein Mitbestimmungsrecht im Lehrlingswesen gesichert.

Schwer lasten gegenwärtig die Verhältnisse auf unserem Beruf; Feindschaften und Arbeitslosigkeit fordern große Opfer. Durch erschwerte Einfuhr und Ausfuhr von Rohmaterial und Fertigware stößt die Produktion, und die Kaufkraft des Inlandes ist zu gering, um normale Absatzbedingungen zu geben; trotz des allgemein vorhandenen Warenhungers große Arbeitslosigkeit.

Wie wird sich der Außenhandel in Konkurrenz mit dem Ausland gestalten? Werden wir auch künftig weiter in gleichem Umfange Qualitätsware produzieren oder haben wir eine Umstellung der Produktion zu erwarten, eine Vereinfachung in Herstellung und Form und rationellere Ausnutzung aller Kräfte bei Herstellung von Massenware? Jeder urteilt anders, immer nach seiner Kenntnis und Auffassung der Dinge in der Volkswirtschaft, und doch hängt sehr viel von dieser Entscheidung ab. Folgen von einschneidender Bedeutung würden sich ergeben; veränderte Produktion bringt vermehrte Teilarbeit, Zustrom von ungelerten und weiblichen Arbeitskräften; würde der Beruf weiter den riesigen Zustrom aus dem Nachwuchs, aus Lehrlingen und Ausgelerten ertragen? Heute schon verlangt das Lehrlingswesen die aufmerksamste Beachtung. Und nicht nur die gesamte Organisation, vor allem unsere Funktionäre als Betriebsräte usw. werden vor neue und schwierige Aufgaben gestellt.

Warum dieser Hinweis? Festen denn je muß der Zusammenschluß aller Arbeitskräfte erfolgen, wollen wir uns in diesem gewaltigen Dingen behaupten. Planmäßige Agitation muß einsehen, um auch den letzten Kollegen zur Organisation zu bringen; einzeln erreichen wir nichts, nur die geeinte Masse kann ihrem Willen Geltung verschaffen. Jede brauchbare Kraft muß sich in den Dienst der Organisation stellen; jeder und nicht nur der Vorstand eines Ortes muß mithelfen, den ganzen notwendigen Organisationsapparat zu meistern, durchdrungen vom Bewußtsein für die Allgemeinheit, und bereit sein, dafür materielle und finanzielle Opfer zu bringen.

In solcher gemeinsamer Arbeit, getragen vom Verständnis aller, unter Mitwirkung aller Kräfte wird es uns auch gelingen, der schwersten Zeiten Herr zu werden und vorwärtszukommen im Kampfe für wirtschaftliche Freiheit der Arbeiterschaft.

A. L. e. n.

### Die Lage der Lederindustrie.

Ueber die Lage in der Lederindustrie bringt die „Lederzeitung“ Berichte hervorragender Lederfabriken. Knoch u. Comp., Kirchberg, äußert unter anderem: Der jahrelangen Eindämmung des Verbrauchs mußte, als 1919 die Zwangswirtschaft aufhörte, eine erhebliche Preissteigerung für Rohhäute und fertiges Leder folgen, dem nozgedungen wieder ein Abbau der Preise folgen muß. Diese Bewegung hat eine krisenhafte Gestalt angenommen. Es ist nicht vorzuzusehen, welchen Verlauf sie nehmen wird, und daher müßig, Vermutungen über die wahrscheinliche Entwicklung des Geschäfts auszusprechen. Das Geschäftsergebnis hätte eine Gewinnverteilung von 15 Proz. zugelassen, mit Rücksicht auf das Gesagte sollen aber nur 10 Proz. verteilt und der Rest dem Dividenden-Ergänzungsfonds überwiesen werden. Vorsichtig und im Grunde genommen wenig Klarheit bringend ist dieser Bericht, nur daß das Geschäft noch immer etwas abgeworfen hat.

Die Niederrheinische Lederfabrik vorm. Spier in Widrach verteilte 20 Proz. Gewinn gegen 15 Proz. im Vorjahre. Der Bericht beklagt den Preissturz der Rohware um 70 Proz., infolgedessen hätten nennenswerte Verkäufe nicht mehr getätigt werden können.

Man gewinnt eben den Eindruck, als wenn die Borräte an Rohhäuten und Fertiglleder auf dem Weltmarkt bereits wieder sehr große sind und die Fabrikanten und Händler nur eine Sorge kennen, die Preise hochzuhalten. Die Schuhfabriken haben die Produktion noch nicht wieder in größerem Umfange aufgenommen. Der Absatz stößt noch immer. Man wartet auf die Ausfuhrerlaubnis nach dem Auslande, die bis jetzt nur für sogenannte Luxus-Schuhwaren erteilt ist. Die Inlandspreise für Schuhwaren sind ja etwas zurückgegangen, trotzdem aber noch immer unerwünscht hoch für die geringe Kaufkraft der Volksmassen.

Der Verband der Treibriemenfabrikanten tagte am 16. Juni in Hannover. Er hat schärfsten Protest erhoben gegen die Beschränkung der Ausfuhr von Ledertreibern. Die Lederborräte wären in Deutschland weit über das Marktdürfnis gestiegen. Von der Festsetzung fester Konventionenpreise für Ledertreibern wurde Abstand genommen und nur lose Richtpreise festgesetzt, die auf der Grundlage der gekunkenen Lederpreise festgesetzt wurden.

Wir finden allerdings in den Ausfuhrbeschränkungen einen gewissen Widerspruch mit der Tatsache, daß Deutschland als Austauschmittel gegen Auslandsware — Rohstoffe und Lebensmittel — wiederum nur Ware zur Verfügung hat. Denn unser Papiergeld hat eine derartig geringe Kaufkraft, daß damit nichts anzufangen ist, weil wir, je mehr wir davon verwenden, nur immer tiefer in den Sumpf geraten. Der Austausch von Fertigwaren gegen Rohstoffe und Lebensmittel — Luxuswaren und Genussmittel sollten ausgeschlossen werden — ist anscheinend ein Problem, das weder die Regierungen, noch die Finanzleute und Wirtschaftsführer befriedigend zu lösen verstehen. Die meisten rufen nach völliger Freigabe der Wirtschaft und verlangen Herstellung des Spiels der freien Kräfte, während uns doch nur eine wohlüberlegte, planmäßige Wirtschaftspolitik zur Gesundung führen kann.

### Wir und die Krise.

Die Besserung unserer Valutat hat auf dem Wirtschaftsmarkt arge Konfusion verursacht. Die Kaufkraft ist gedämpft, alles wartet auf ein weiteres Sinken der Preise, während die verschiedenen Interessenten, Fabrikanten, Händler usw. alles unternehmen, was irgend möglich ist, um die Preise hochzuhalten. Dies gelingt ihnen auch meist, wenn sie auch nicht verhindern können, daß einige Artikel im Preise etwas zurückgehen. Trotzdem ist es erstaunlich, daß die Preise sich so lange auf dieser Höhe halten können, denn eine Verbilligung ist doch nur bei sehr wenigen Waren zu bemerken.

Geradezu aufreizend muß es jedoch wirken, wenn berichtet wird, daß die Oelfabriken ihren Betrieb einschränken resp. ganz einstellen wollen, weil die Lager übervoll sind. Und dieselbe Erscheinung auf allen Gebieten: künstliche Zurückhaltung der Waren zum Zwecke der Hochhaltung der Preise. Daneben verlangt man aber Abbau der Löhne, obwohl die Kaufkraft des Volkes, wie die Stokung der Absatzmärkte beweist, bereits auf dem Nullpunkt angelangt ist.

In verschiedenen Städten sind bereits elementare Zornesausbrüche des Volkes gegen Wucherpreise der Lebensmittelhändler zu verzeichnen.

Man mag wollen oder nicht, die Löhne können doch nicht eher abgebaut werden, bevor nicht die Preise herabgesetzt werden.

Alles drückt auf die arbeitenden Volksklassen. Unbekümmert um die Folgen wird die Produktion

eingeschränkt, teilweise ganz eingestellt. Die Unternehmer haben wohl die Riesengewinne der guten Konjunktur eingeatmet, sie wollen aber den Abbau möglichst ohne Verluste abwarten. Es mag zugegeben werden, daß unter solchen unsicheren Verhältnissen, wie sie die ständigen Schwankungen auf dem Weltmarkt zeitigen, der Geschäftsmann sehr vorsichtig kalkulieren muß und langfristige Verpflichtungen nicht tätigen kann. Allein, wie schon gesagt, meistens fehlt es wohl an Gemeinfinn und an gutem Willen, mit den Preisen herunterzugehen, denn es gibt eine Masse Waren, wo das längst hätte geschehen können. Im Gegenteil, wir sehen, daß sich die Interessenten zusammenschließen, Preiskoalitionen bilden, um die Preise hochzuhalten. Auf der anderen Seite wieder die Arbeitgeberverbände, die jede Lohnerhöhung strikte ablehnen und den Abbau der Löhne betreiben. Ist das nicht eine Verdrängung auf allen Seiten zum Schaden der Arbeiter? Nun kommt auch noch der 10 prozentige Steuerabzug hinzu. Wie sollen diejenigen bestehen, die vorführt arbeiten oder ganz aussetzen müssen? Hatten die Betroffenen bisher ein Einkommen, das ihnen ermöglichte, Ersparnisse zu machen, von denen sie jetzt zehren können? Das sind Fragen, die wohl im allgemeinen mit nein beantwortet werden müssen. Der 10 prozentige Steuerabzug wird noch viel Ungleichheit schaffen, weil er die wirtschaftlich Schwachen ungerecht belastet. Die Reichen kommen wieder am besten bei der Geschichte weg, denn wie will man sie kontrollieren? Wenn das Unternehmertum Verständnis für die Situation hat, dann denkt es ernstlich daran, die Preise abzubauen und nimmt bereitwillig einige Verluste dabei in Kauf. Ob der Reichswirtschaftsrat bei dieser Regelung nicht eine führende Rolle zu spielen hat? Fast hat es den Anschein, als wenn diese Instanzen über Beratungen und Besprechungen nicht weit hinaus kommen und den Moment zum Handeln verpassen.

Im der Möbelbranche, in der Lederindustrie, überall stößt es, die Arbeitslosigkeit hat wieder stark zugenommen. Trotzdem glauben wir, daß diese Krise bald vorübergehen wird und der Wirtschaftsmarkt sich neu beleben muß. Es kommt alles darauf an, den toten Punkt zu überwinden. Die Arbeiterschaft darf deshalb die Muße nicht verlieren. Im Gegenteil. Klar und zielbewußt muß sie ihre Pflicht tun. Wir müssen immer bedenken, daß nur Aufbau und Gütererzeugung uns retten kann. Deshalb muß auch das Unternehmertum bestrebt sein, sobald als möglich über diese Krise hinwegzukommen. Mag es momentan noch genug zu verkehren haben, auf längere Zeit kann es auch nicht vom Kapital nehmen. Deshalb den Kopf hoch. Wir müssen durch oder untergehen.

### Gegen die Wohnungsnot und für die Sozialisierung.

Die Vorstände der hausgewerblichen Arbeiterverbände, einschließlich der Angestellten, fordern die Bauarbeiter, Mieter, Siedler und Kleingärtner auf, am 1. Juli 1920 in ganz Deutschland Versammlungen abzuhalten. Dort sollen Forderungen an die Regierung und die Parlamente aufgestellt werden, damit die Bautätigkeit wirksam gefördert wird. Sachkenner schätzen, daß zurzeit rund 1 Million Wohnungen in Deutschland fehlen. Um diese Not zu beheben, sind Hunderte von Milliarden Mark erforderlich. Da infolge der unerhört hohen Preise für Baustoffe die Baukosten auf normale Wege unerwünscht sind, muß der Staat Zuschüsse gewähren.

Die Wohnungsnot kann nur mit Hilfe umfassender Sozialisierungsmaßnahmen gemildert werden. Denn solange Wucherer und Schieber das Volk plündern, kommen wir nicht aus dem Elend heraus. Es werden folgende Forderungen aufgestellt:

1. Mißfichtlose Erfassung des verfügbaren Wohnraums unter Mitwirkung der wohnungslosen Mieter.
2. Beseitigung des privatkapitalistischen Wohnungsmachers durch Ueberführung des Besitzrechts der Miethäuser in die gemeinwirtschaftliche Hand von Heimstätten und Heimstättenverbänden.
3. Schärfste Bekämpfung des Baustoffwuchers. Verbot des Abbruchs von Baustoffbetrieben. Ausbau des Beschlagnahmerechts an Baustoffen aller Art.
4. Sozialisierung der Zement- und Kalkindustrie und weitestgehende Unterstützung der von der deutschen Bauarbeiterchaft eingeleiteten Sozialisierung der Baubetriebe.
5. Ueberführung des Besitzrechts am Boden in die öffentliche Hand. Befreiung des Bodens mit der Grundpflicht intensiven Anbaus zur Gebung unserer Lebensmittelherzeugung.
6. Tatkräftige Unterstützung der bestehenden gemeinnützigen Siedelungsgesellschaften mit Land, Baustoffen und Kapital zur Förderung von Heimstätten mit Gärten.

7. Sicherung und Erweiterung der bestehenden Laubenzolonien und sonstigen Kleingärten für landlose Wohnungen.

Deutsche Bauarbeiter, Mieter, Siedler, Kleingärtner! Wir erwarten, daß Ihr alleamt die Versammlungen am 1. Juli besucht und sie zu einer Massenkundgebung gegen die heutige Wohnungsnot und für die Inangriffnahme der Sozialisierung macht.

Zur Beachtung bei den Abschlüssen von Tarifverträgen.

Seit Jahren wurde der mit der Frankfurter Zwangsammung der Tapezierer und Dekorateur vereinbarte Tarifvertrag von dem Obermeister als Vertreter der Innung unterzeichnet. Anlässlich einer Differenz, die sich bei der Durchführung des Vertrages ergab, wurde von den Vertretern der Innung die Rechtmäßigkeit des neuen Vertrages beanstandet, da nach dem Innungsstatut sämtliche Willenserklärungen von dem Obermeister und einem weiteren Vorstandsmitglied unterzeichnet sein müssen. Von der angezogenen Bestimmung des Statutes war uns nichts bekannt und wenn auch in diesem Falle die Differenz beigelegt werden konnte, so wird es in Zukunft nötig sein, daß sich die leitenden Kollegen in allen Orten mit den Satzungen der Arbeitgeberorganisationen bekannt machen und vor dem Abschluß auch nachprüfen, wer zur Unterzeichnung des Vertrages befugt ist.

Aus der Tarifamtsitzung der Lederwarenindustrie.

Am 22. und 23. Juni fanden in Offenbach am Main Verhandlungen vor dem Tarifamt statt, denen eine längere Vorbesprechung vorausgegangen war. In dieser wurde vornehmlich über die Unterstützung der Kurzarbeiter beraten. Trotz der Dringlichkeit dieser Materie konnten sich die Fabrikanten nicht zu einer generellen Entscheidung entschließen und muß es nun den örtlichen Arbeitsgemeinschaften überlassen bleiben, von Betrieb zu Betrieb, je nach der Leistungsfähigkeit des Unternehmers, diese Frage zu prüfen. Die Lohnsätze des Meidstarifes wurden bis 1. Oktober d. J. verlängert mit monatlicher Kündigungfrist. Es tritt also eine Veränderung in der Lohnzahlung ab 1. Juli nicht ein. Ausführlicher Bericht folgt nach.

Erwidung

auf den Artikel vom 11. Juni über die Arbeitslosenfrage von Ernst Kreplin. Gut und gerecht wäre es schon, wenn die Arbeitszeit noch unter 5 Stunden herabgesetzt werden könnte, um vielen Kollegen den Platz zu sichern. Damit würde aber doch niemandem geholfen sein, denn dann kann selbst derjenige, welcher noch arbeitet, seinen Verpflichtungen gegenüber dem Verband und seiner Familie nicht nachkommen. Das hält ja selbst ein Lediger schmer aus, bei 40 bis 60 Mark Wochenverdienst, gerechnet mit 2 bis 3 Stunden Arbeitszeit pro Tag, als Höchstlohn. Hier müßte also der Verband bei allen Betroffenen eingreifen, wenn er seine Mitglieder nicht zugrunde gehen lassen will. Das steht fest, der Arbeitsmangel ist nicht in kurzer Zeit gehoben. Die Verkürzung der Arbeitszeit kann nur der verlangen, der entweder schon vor dem Kriege gute Einnahmen hatte und nicht so schlechte Bezahlung hatte, wie sie z. B. in Görlitz, überhaupt in Ostpreußen üblich ist. Oder er hat nur soviel vom Kriege gespürt, daß er immer gut bezahlte Militärarbeit ausgeführt hat. Schreiber dieser Zeilen hatte, als er nach Entlassung vom Militär wieder die Arbeit aufnahm, von vorn anfangen müssen. Hätte der Tarif uns nicht geholfen, oder wäre der Tarif nicht zustande gekommen, wie würde es da erst um uns aussehen? Der Ansicht, daß die Gewerkschaften die Vertretung der Arbeitslosen übernehmen möchten, muß vollkommen beigelegt werden. Schließen.

„Betriebsrätezeitung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.“

Unter diesem Titel ist soeben die erste Nummer der vom Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes angekündigten Betriebsrätezeitung erschienen. Schriftleiter derselben ist Dr. H. S t r i e m e r, der in einem inhaltreichen Einführungsartikel die großen Aufgaben der Betriebsräte aufzeigt. Allein die Lektüre dieses Artikels wird so manchen Arbeiter, der sich bereits mit dem nötigen Wissen zu leitenden Funktionen im Wirtschaftsprüfungsbereich wagt, zur Selbstbelehrung bewegen. Die mit reichhaltigem Wissensstoff ausgestattete Betriebsrätezeitung ist durch jede Postanstalt zum Vierteljahrspreis von 3 Mk. zu beziehen.

Korrespondenzen.

Berlin. (28. 6.) Generalversammlung vom 24. Juni. Die gut besuchte Versammlung erhob sich zu Ehren der vorstorbene Mitglieder von ihren Plätzen; Gottschalk erwähnte besonders das tragische Ende des Kollegen Deelitz und widmet ihm einen warmen Nachruf. Der Massenbericht, der gedruckt vorlag, wurde für die vier Monate Januar bis einschließlich April gegeben, und zwar getrennt. Für die Sattler und Portefeuller berichtet Wehner. Einnahmen für die Hauptkasse 97 875,23 Mk., davon wurden 58 291,11 Mk. an die Hauptkasse abgeführt. Die Lokalkasse hat einen Bestand von 51 926,59 Mk. Der Mitgliederbestand ist 5058, darunter 717 weibliche; 856 Mitglieder mehr als am 1. Januar. Die Arbeitslosigkeit ist sehr ungenügend, es sind ca. 1000 Sattler und Portefeuller im Arbeitsnachweis eingeschrieben. Für die Tapezierer gab Ostem den Bericht. Einnahme für die Hauptkasse 50 716,40 Mk.; 28 797,80 Mk. wurden an die Hauptkasse abgeführt. Lokalkasse: Bestand 48 462,59 Mk. Mitgliederbestand 2586, darunter 394 weibliche, ein Mehr an Mitgliedern von 94. Die Arbeitslosigkeit ist ebenfalls schlecht, im Arbeitsnachweis sind ca. 900 Kollegen eingeschrieben. Auf Antrag der Revisionen wurde beim Kassieren einstimmig Entlastung erteilt. Es folgte noch einmalige Stellungnahme zum Lokalkassenstatut. Wehner legte namens der Ortsverwaltung klar, daß die in der letzten Generalversammlung beschlossenen Streifenunterstützungssätze bei genauerer Berechnung sich als zu hoch erwiesen haben. Nach einer lebhaften Debatte nahm die Versammlung den Antrag der Ortsverwaltung an, die Mindestsätze herabzusetzen. Bisher hat die Ortsverwaltung Berlin aber bei jedem Streik bedeutend mehr gewährt und wird auch bei dem kommenden Kämpfen ihr möglichstes tun, um die Kollegen kampffähig zu erhalten. Der Antrag der Reichsräteverbände, die Mitglieder Hinz und Podleski, sowie der Antrag der Tapezierer, die Näherin Walli Steinbach aus der Organisation auszuschießen, wurde einstimmig erteilt. Die Personen haben während des Generalstreiks gearbeitet. Nachstehend der Antrag der Betriebsräte fand einstimmige Annahme: Die Betriebsräte und Obleute in den Tapeziererbetrieben Beschäftigten ersuchen hiermit die Vertrauensmänner sowie die Ortsverwaltung des Verbandes der Sattler, Tapezierer und Portefeuller, den in der Betriebsräteversammlung vom 6. Mai 1920 eingebrachten Antrag der Generalversammlung zur endgültigen Entscheidung zu unterbreiten.

Der Antrag lautet: Die Generalversammlung vom 24. Juni 1920 beauftragt die Ortsverwaltung unter vorheriger Beschaffung der hierzu nötigen Unterlagen, unverzüglich an die Stadtkorrespondentenversammlung Groß-Berlin den Antrag zu stellen, sämtliche Tapeziererarbeiten der neuen Gemeinde Groß-Berlin (in Krankenhäusern, Rathäusern, Anstalten, Amtsgebäuden usw.) in eigene städtische Regie zu übernehmen, um dadurch der Sozialisierung näherzukommen.

Kollege Wiede begründet seinen Antrag, Stellungnahme zu einem neuen Verbandsatz. Der Antrag wurde aber zurückgezogen. Wegen vorgeordneter Zeit mußten alle noch eingegangenen Anträge zurückgestellt werden.

Sehr erregt war die Versammlung durch die Bekanntgabe, daß der Ausschuß in Offenbach den früheren Sattler Ebert, jetzt Reichspräsident, wieder in seine Rechte eingesetzt habe. Gottschalk meinte zu dem Beschluß des Verbandsausschusses auf Wiedereinsetzung Eberts in seine Rechte, der bis zum nächsten Verbandsatz gilt, daß er vorschlägt, unter keinen Umständen Ebert als Mitglied der Berliner Verwaltung zu betrachten. Der Vorschlag wurde von Schulze, Döhmert und Spliebt bekämpft. Ein Antrag, diese Angelegenheit bis zum nächsten Verbandsatz zu verschieben, wurde mit 392 gegen 193 Stimmen abgelehnt. Der Vorsitzende Gottschalk bemerkte darauf, daß es somit bei der Stellungnahme der Ortsverwaltung verbliebe. Es stehe nirgends geschrieben, daß gerade die Berliner Verwaltung den ehemaligen Sattler als Mitglied zu führen habe.

Kollege Spliebt verteidigte sich gegen die Angriffe in der letzten Generalversammlung wegen seiner Tätigkeit in der Karlsborfer Gemeindevertretung. Er habe z. B. bei dem Polizeiwesen Hervorragendes geleistet.

Dann wurde noch die Wahl des unbesoldeten Mitgliedes zum Zentralvorstand vorgenommen und alle übrigen Wahlen bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Johann Hoffmann.

Berlin. (28./6.) Versammlung der Magazinarbeiter. Das Andenken des Kollegen Weich wurde wie üblich geehrt. Dann kommt Harber auf den Tarif zurück. Viele Kollegen wissen immer noch nicht, was sie laut Tarif zu verlangen haben und wie die Ferienfrage zu regeln ist. Willwood fragt an, warum in Betrieben, wo nur drei und weniger

Kollegen beschäftigt sind, der Mindestlohn nur 4,75 Mark pro Stunde und nicht 5 Mk. beträgt. Gerhardt gibt Aufklärung. Dann schildert Gerhardt die Geschäftsfrage, die nicht sehr rosig ist. Der Stand der Waluta, der Ausfall der Wahlen tragen dazu bei. Die bestehenden Klagen warten nur auf Gelegenheit, ihren alten Einfluß zurückzugewinnen. Er gibt eine Uebersicht über die Arbeitslosigkeit und die indifferenten Werkstätten. Dann hält Gerhardt einen Vortrag über Betriebsräte. Die Tapezierer gehören jetzt zur Lederindustrie, Hauptgruppe 10. Die Betriebsräte und Obleute möchten die neuen Ratekarten und Marken vom Bureau abholen. In das Vergnügungskomitee wird Paul Zapfo gewählt. Dann berichtet Harber, daß, trotzdem 700 Kollegen arbeitslos sind, es zwei Kollegen fertiggebracht haben, noch nach Ferienabend bei einem Kleinkrauter Matratzen zu machen. Den beiden Kollegen wird eine Mütze erteilt. Der Statistikbogen muß ausgefüllt werden. Anwesend waren 70 Kollegen. Ditto Koch.

Hochst. Wir warnen alle Kollegen, bei der Firma Aug. Ritter, Lederwarenfabrik, Arbeit anzunehmen. Die Firma gehört keinem Verbandsamt und bezahlt nur Mindestlöhne, 3. Ortsklasse. Für die Zeit vom 1. April bis 2. Juni mußte sie erst zur Nachzahlung von 6000 Mk. an circa 30 Arbeiter und Arbeiterinnen veranlaßt werden. Nunmehr hat die Firma die Abteilung Koffer und Taschen stillgelegt, um unsere Organisationsleitung loszuwerden. Sie versucht, Kollegen aus Offenbach anzunehmen unter dem Hinweis auf billige Lebensweise. Tatsächlich ist hier alles so teuer wie überall, teils noch teurer.

Chemnitz. Versammlung vom 19. Juni 1920. Die Versammlung ehrt zunächst das Andenken des Kollegen Kühn, dann gibt Stütze die Abrechnung vom Januar bis April für Tapezierer. Hauptkasse: Einnahme 6054,70 Mk., Ausgabe 2001,67 Mk., eingezahlt 4053,03 Mk. Lokalkasse: Einnahme: 3050,09 Mark, Ausgabe 1475,95 Mk., Bestand 1574,14 Mk. Mitglieder: 346 männliche, 14 weibliche. Die Abrechnung der Sattler gibt Zimmermann. Hauptkasse: Einnahme 4088,10 Mk., Ausgabe 2161,24 Mk., eingezahlt 1876,86 Mk. Lokalkasse: Einnahme 1898,93 Mk., Ausgabe 667,15 Mk., Bestand 1231,78 Mk. Mitglieder: 174 männliche, 40 weibliche. Die Kassierer werden entlastet. Als Ortsbeamter und Bezirksleiter wird Aug. Braun gewählt. Derselbe nimmt das Amt an. Erster Vorsitzender wird Zimmermann, zweiter Franz. Schubert hält dann einen Vortrag über „Geschichte und Aufgaben der Gewerkschaften“. Auch in Zukunft haben die Gewerkschaften große und wichtige Aufgaben zu erfüllen. Daher ist es Pflicht der Arbeiter, geschlossen und einig in der Gewerkschaft zu bleiben. Redner weist darauf hin, daß der Verband für die kleinen Betriebe die Tätigkeit der Betriebsräte übernehmen möchte. Den Ausführungen folgt eine lebhafteste Aussprache über die Betriebsräte. Mehrere Kollegen bemängeln die Verschleppung der Werkzeugeinbringung und der 40 Proz. Zulage während der Generalkassierfrage.

Hamburg-Altona (21. 6.). Versammlung am 18. Juni. Zunächst wird das Ableben des Kollegen G. Meinte in der üblichen Weise geehrt. Krohn gibt dann einen Bericht über den neu gebildeten „Ortsausschuß von Hamburg-Altona des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“, früher Gewerkschaftsartikel.

An Stelle des Genossen Kaufstötter hält Genosse Engler ein Referat über Rechte und Pflichten im gewerblichen Arbeitsverhältnis. In der Debatte beantwortet der Referent einige Fragen. Es ist dringend zu wünschen, daß Versammlungen mit derartigen Referaten mehr Beachtung finden. Im eigenen Interesse der Kollegen liegt es, daß jeder so gut wie möglich über die vielseitigen, im Betriebsrätegesetz usw. festgelegten Rechte und Pflichten orientiert ist. Daß letzteres nicht der Fall ist, beweisen die sich häufig wiederholenden Streitfälle. Kollege Maite erinnert an das am 7. August stattfindende Sommervergütigen im Hl. Klotzbecker Park. Arbeitslose organisierte Kollegen erhalten kostenlos Eintrittskarten im Verbandsbureau. Dregeulus berichtet, daß die Wagenstatter, heute — am Freitag, den 18. Juni — wieder in Arbeit getreten sind. Der Erfolg ist in Anbetracht der Hartnäckigkeit der Unternehmer, dank der geschlossenen Haltung der Angesprochenen doch noch ein guter geworden. Krohn erläutert einen Streitfall zwischen Kippke, Strunk und Bauer, Möbius. Laut Versammlungsbeschluß wird den Kollegen Kippke und Strunk, im Hinblick auf ihre langjährige Mitgliedschaft, nur eine Mütze wegen unbilligen Verhaltens erteilt. Der beantragten Reichsverbindlichkeit für den Tarif der Tapezierer Hamburgs hat das Reichswirtschaftsministerium zugestimmt. Zwei Anträge Arbeitsloser, die Vertragszahlung betreffend, werden zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Weißgerber fordert einen Ausgleich im Lohn für Steuern und Krankenkasse. Dann schluß der schwach besuchten Versammlung. W. Werner.

**Siegen.** Am 19. Juni hatten wir zwecks Gründung einer Lehrlingsabteilung die Lehrlinge nebst Eltern eingeladen. Es waren nur 3 erschienen, denen König den Zweck der Lehrlingsabteilung schilderte. Es wurde eine Kommission gewählt, welche die Aufgabe hat, die noch zögernden Lehrlinge zu organisieren. M. G.

**Siegen.** (28./6.) Versammlung vom 26. Juni. Kohl berichtet, daß wegen Nichtanerkennung des Reichstarifs der Reiseartikelbranche durch die Firmen Mezig und Rögnier der Schlichtungsausschuß folgenden sonderbaren Schiedspruch fällte: Da beide Firmen weder der vertragschließenden Partei sowie keiner Unternehmerorganisation angehören, so findet der Reichstarif genannter Branche keine Anwendung. Sonderbares Urteil. Schritte sind bereits beim Gewerbegericht eingeleitet. Ulrich gab den Kartellbericht. Die Lokalkommission habe sich mit einem Erweiterungsbau des Gewerkschaftshauses beschäftigt. König berichtete über eine Gesellenausschussführung. Die Innung hat den bisherigen Mitgesellen zu den Quartalen nicht zugelassen. Es wurde beschlossen: Der Gesellenausschuß stellt den Antrag, ihren Mitgesellen auf Grund des Innungsstatuts (§ 45) zu den Quartalen zuzulassen. Die Vorarbeiten zur Gründung einer Lehrlingsabteilung sind erfolgt; die Gründung wird beschlossen. 6 Lehrlinge sind gewonnen, der Rest wird durch Hausagitation geholt werden. Die Abhaltung eines Fachkurses für Lehrlinge wird beabsichtigt in die Wege geleitet. Herr Sattlermeister Forbad-Siegen, Mitglied des Tarifrats für den Reichstarifvertrag für die Handwerksbetriebe, hat sich bereit erklärt, in einer Mitgliederversammlung über den Reichstarif zu referieren. E. Kossig.

**Siegen.** (28./6.) Am 19. Juni wurde hier eine Filiale gegründet. Nach einem Referat des Gauleiters Schneider wählte man den Vorstand. Becker und Erhardt Vorsitzende, Weber Kassierer, Fritschen und Jutemann Schriftführer. Der Beitrag wurde auf 3 Mk. und 50 Pf. Ortszuschlag festgesetzt. Eine starke Strömung für 100 Proz. Zuschlag wurde bemerkt. Ferner beantragte man, bei der Filiale Köln vorstellig zu werden bezüglich eines Zuschusses für gezahlte Zuschläge in den Streikfonds. Kollege Becker wurde damit beauftragt. — Müller als Vertreter ernahnte den Vorstand zu regem Interesse und tatkräftiger Arbeit und die Kollegen zur Einigkeit.

Zu der Tarifangelegenheit führte er aus, daß die Kleinrentner sich endlich mit einem Tarif abgefunden und ihn angenommen haben. Wir erhielten einen Durchschnittslohn von 450 Mk. und 50 Pf. Zuschlag im Falle der Bewilligung mit dem Schreiner für Sattler und Polsterer.

Am 1. Jahre 3 Tage Ferien, jedes Jahr um einen Tag steigend bis zu 14 Tagen vom 20. Lebensjahre an. Für Spezialtattler kommt der Reichstarif für 3 Klassen in Frage, der aber auf Grund der teuren Lebensweise vorerücht werden soll?

Am folgenden Tage fand ein kleiner Ausflug statt, bei dem die Gründung gefeiert wurde. Anwesend waren 3 Kolleginnen und 21 Kollegen. G. Becker.

**Streiks und Lohnbewegungen.**

**Berlin.** Wegen Differenzen ist die Firma Jordan u. Hartmann, Stallschreiberstraße, gesperrt.

**Hamburg.** (Wagenfattler.) Nach achtwöchigem, von unseren Kollegen glänzend durchgehaltenem Kampf konnte die Bewegung am 18. Juni in folgenden Bedingungen beendet werden: Ab 1. April (nachzuschauen vom Beginn der Ausperrung): 1. Jahr 3,50 Mk., 2. Jahr 4 Mk., 3. Jahr 4,50 Mk., Vollarbeiter 5,20 Mk. und Oberklasse 5,50 Mk. Am 1. Juli werden diese Löhne um weitere 30 Pf. erhöht. Alle Arbeiter sind wieder einzustellen. Die Ausperrung gilt nicht als Unterbrechung der Ferien. Es finden alsbald Verhandlungen zwecks Abschluß eines Tarifvertrages auf vorstehender Grundlage statt.

**Stolp i. Pom.** Der Streik der Wagenfattler und der Geschirrfattler ist beendet. Der Schlichtungsausschuß hatte für die Wagenbetriebe einen Lohn von 4 Mk. anerkannt. Die Unternehmer wollen nur 3,75 Mk. zahlen. Es wurde die Arbeit unter Vorbehalt aufgenommen

und die fehlenden 25 Pf. eingeklagt. Die Firma Roskowiak erkennt den Innungsstarif an, verringert aber die Nachzahlung für März. Auch in diesem Fall ist Klage erhoben. Die Tapezierer forderben ab 1. April eine Zulage von 10 Proz. und ab 1. Mai eine weitere von 15 Proz. Die Betriebe zahlten bisher 10 Proz. Ueber die restlichen 15 Proz. wird vor dem Schlichtungsausschuß verhandelt.

**Döbeln.** Die Bezirksleitung schloß mit der Sattler- und Tapeziererinnung erstmalig einen Tarifvertrag. Die Mindestlöhne betragen bis 19 Jahre 2— Mk., 19—21 Jahre 2,50 Mk., 21—23 Jahre 3,25 Mk., über 23 Jahre 4 Mk. Bis zum 1. Juni schon über tarifmäßige Sätze bezahlte Löhne erhalten ab 1. Juni einen Zuschlag von 25 Proz. Ferien 3—6 Tage. Dieser Tarif gilt für die Amtshauptmannschaft Döbeln. Die Unternehmer in Reisinig verweigern die Anerkennung, so daß der Schlichtungsausschuß eingreifen muß.

**Düsseldorf.** Der Tarifvertrag wurde nach Mitteilung des Reichsarbeitsministeriums vom 15. Juni 1920 an für das Gebiet des Stadtkreises Düsseldorf mit Wirkung ab 15. Mai für allgemein verbindlich erklärt.

**Achtung!**

Jeder Sattler, Tapezierer, Portefeuller, jeder Spezialarbeiter dieser Berufe und jede Arbeiterin, welche ihre Lebenshaltung menschenwürdig gestalten wollen, können dies nur als Mitglieder ihrer Berufsorganisation:

dem Verband der Sattler, Tapezierer und Portefeuller.

Verbandsvorstand: Berlin SO. 16, Brückenstr. 10b, III., ist zu jeder Auskunft sofort bereit.

Anmeldungen in allen Orten, wo der Verband Verwaltungsstellen hat (es sind zurzeit 222).

Die Adressen kann jeder leicht erfahren, wenn er bei unseren Gauleitern anfragt. Falls an seinem Wohnort selbst keine Zahlstelle besteht, schreibt er sich der nächsten an.

- Anmeldungen:
- Berlin SO. 16, Brückenstr. 10b III., Erfurt, Beaumontstr. 8é.
  - Barmen, Humboldtstr. 22 II.
  - Düsseldorf, Wallstr. 10, Zimmer 17.
  - Frankfurt a. M., Allerheiligenstr. 51 I.
  - Stuttgart, Böheimstr. 110 III.
  - Mürnberg, Jahnstr. 14 II.
  - München, Pestalozzistr. 42/44.
  - Dresden, Schützenplatz 20 II.
  - Chemnitz, Brühl 67 II.
  - Leipzig, „Hotel Viktoria“, Wücherstraße, Zimmer Nr. 54.
  - Hamburg, Gewerkschaftshaus, Zimmer 51/52.
  - Hannover, Arndstr. 11 I.
  - Breslau, Luitjenstr. 16 II.
  - Königsberg, Eiermarktstr. 47 III.

Jeder Berufsgenosse, jede Berufsgenossin, Näherinnen, Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen gehören in den Verband.

**Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.**

Das Abrechnungsmaterial für das 2. Vierteljahr (Mai, Juni) ist an die Kassierer abgefordert worden; falls dasselbe bis 5. Juli nicht eingetroffen ist, ersuchen wir um sofortige Mitteilung.

\*

Der zwischen der Innung der Tapezierer zu Hamburg — ehemaliger Tapeziererverein von 1810 — dem Deutschen Möbelsachverband (Ortsgruppe Hamburg) E. W., dem Verein Deutscher Firmen für Raumgestaltung und dem Verband der Tapezierer von Hamburg-Altona-Wandsbeck am 23. März 1920 abgeschlossene Tarifvertrag zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Tapezierer-, Polster- und Dekorationsgewerbe wird für den genannten Berufskreis gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichsgesetzblatt, S. 1456) für das Gebiet der Städte Hamburg-Altona-Wandsbeck und den eingemeindeten Vororten einschließlich Blankenese

für allgemeinverbindlich erklärt. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem 1. Mai 1920.

Der Reichsarbeitsminister. J. U.: S i e l e r.  
Vorstehendes bringen wir allen Mitgliedern hiermit zur Kenntnis und ersuchen, in allen Betrieben besonders darauf zu achten, daß der Tarif restlos eingehalten wird. Jeder Verstoß ist sofort der Ortsverwaltung zu melden.  
Die Ortsverwaltung Hamburg.

**Adressenänderungen.**

- München-Glabach. Hermann Blinten, Mehd, Kaiserstr. 17.
- M.-Glabach. V.: W. Kofe, Volksgartenstr. 17.
- Luebitzburg. V.: Max Odehaver, Marktstr. 8.
- K.: Otto Elze, Weingarten 16.
- Siegen. W. Ehrhardt, Klosterstr. 36. A. Weber, Gläßerstr. 18.
- Weißenfels. V.: Otto Junghans, Leopold-Kell-Str. 67 III. K.: Fritz Schulze, Tauchhüstr. 4.
- Seit. V.: Hans Meyer, Geraer Str. 25 I.

**Verammlungskalender.**

Berlin. Am Freitag, den 2. Juli, abends 5 Uhr, Versammlung der Matratzen- und Eisenmöbelbranche im Gewerkschaftshaus, Saal 10: Bericht, Neuwahl.  
Berlin. Reiseartikel- und Portefeullerbranche. Montag, den 5. Juli, abends 7 Uhr: Versammlung bei Doerfer, Weberstr. 17. Bericht von den Tarifverhandlungen in Frankfurt a. M.

**Bücherschau.**

Rudolf, Hermann. Der Sozialismus. Theosophischer Kulturverlag Leipzig, Königstr. 12. 2 Mk.  
Der Verfasser des Buchleins, das 40 Seiten umfaßt, versucht seine Theosophische Anschauung als das wahre Ziel des Sozialismus eingehend zu begründen. Er findet dazu wunderschöne Worte, wahrhaft edle Beweisgründe, die, wenn sie befolgt würden, die Erde in ein Paradies verwandeln könnten. Könnten, sagen wir mit Recht, denn wenn die Menschen im allgemeinen solcher idealen Betätigung zugänglich wären, dann müßte dieser Idealzustand ja längst erreicht sein. Denn Buddha, Christus und auch die Philosophen des Altertums bis auf unsere modernen Utopisten haben für dieses Menschheitsparadies geschwärmt, getritten und ge-titten.  
Rudolf schreibt: „Der Sozialismus ist seinem Wesen nach nichts anderes als die Verbrüderung der Menschheit oder Theosophie.“ Gewiß, wir wollen das Wohlergehen aller Glieder der menschlichen Gesellschaft, wir wollen politische und wirtschaftliche Einrichtungen, die allen eine auskömmliche Lebenshaltung sichern von der Wiege bis zum Grabe. Wir wissen auch, daß dieses Ziel erst erreicht werden kann, wenn die Erziehung und Ausbildung der heranwachsenden Geschlechter auf eben dieses Ziel eingestellt wird. Wenn die Theosophen dazu beitragen, ist es nur zu begrüßen. Der Inhalt des Buches ist lesenswert und wird vielen Freude bereiten, die es mit Verständnis lesen.

Eigenhäuser, kleine Wohnhäuser usw. für Gartenstädte, Vororte und das Land. 70 bürgerliche Hausbeispiele in 200 Ansichten, Grundrissen usw. mit Angabe der Baukosten. Text von S. Mathesius. 12 Mk., geb. 15 Mk. (Porto 60 Pf.) Heimkulturverlag, Wiesbaden.  
Selbrevolution und Arbeitslohn. Braun, Wolf. Vorwärtsverlag, Lindenstr. 3, Berlin.

**Sterbetafel.**

Berlin. Gestorben am 6. Juni 1920 Kollege Gottlieb Damerow im Alter von 68 Jahren (Wagen-Branch) und Kollege Emil Rehl am 15. Juni im Alter von 53 Jahren (Portefeullerbranche).  
Offenbach. Verstorben am 1. Juni Mitglied Heinrich Nummel, 69 Jahre alt. Am 4. Juni Ludwig Wachmann, 64 Jahre alt, und am 12. Juni G. Baumgart, 32 Jahre alt.  
Ehre ihrem Andenken.

**Zentral-Krank- u. Begräbniskasse der Buchbinder und verw. Geschäftszweige.** Verwaltungst. Offenbach a. M.

**Samstag, den 17. Juli 1920,** abends 8 Uhr, im Goldenen Löwen, Wilhelmplatz 7:

**Hauptversammlung**

Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. — 2. Neuwahl der Ortsverwaltung. — 3. Aufbringung von

Mitteln für den Ausgesteuerten-Fonds. Antrag des Vorstandes: Jedes Mitglied der Verwaltungsstelle hat in jedem Vierteljahr 20 Pf. Beitrag für den Ausgesteuerten-Fonds zu entrichten. Dieser Beitrag wird mit der vierteljährlichen Extrasteuer erhoben und beträgt ab 1. Juli 1920 der Beitrag ist: die Extrasteuer einschl. Beitrag für den Ausgesteuerten-Fonds 30 Pf. pro Quartal. — 4. Kassenangelegenheiten.  
Zahlreichen Besuch erwartet  
Die Ortsverwaltung.

**Sattler**  
durchaus firm in der Herstellung von sämtlichen Hand- u. Korbflechtwaren per sofort oder später für dauernde Verächtfügung verlangt. Gest. Differten unter A. W. 100 an die Erved. d. V.  
Verbandsmitglieder! Schließt nur Versicherungen ab bei der  
**Volkstürforge**  
Gewerkschaftl. - Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft  
Hamburg 5.

**Otto Dietsch, Leipzig-Li.**  
Feranuf 33401 Lütznerstr. 9 Fernruf 33401  
Spezialgeschäft sämtl. Polstermaterialien.  
Tapezierer-Werkzeuge, Posamenten.  
Solids Preise. :: :: Prompte Bedienung.